

stehend anerkannt werden müssen vom Tage der Verkündigung ihrer Unabhängigkeit ab, d. h. seit dem 4. Juli 1776 — ganz unabhängig von ihrer Anerkennung seitens Englands im Vertrage vom Jahre 1782. (Flora, deux international sodia, p. 160.)

Die verbündeten Delegationen nehmen An von der Erklärung, daß

„die russische Regierung aus der Tatsache der Zugehörigkeit der besetzten Gebiete zum Bereiche des früheren russischen Kaiserreiches keine Schlüsse zieht, die irgendwelche staatsrechtliche Verpflichtung der Bevölkerung dieser Gebiete im Verhältnis zur russischen Republik auferlegen würden, und daß die alten Grenzen des früheren russischen Kaiserreiches, die Grenzen, die durch Gewalttaten und Verbrechen gegen die Völker gebildet wurden, insbesondere gegen das polnische Volk, zusammen mit dem Zarismus verschwunden sind.“

ebenso haben, daß

„für die russische Regierung deswegen die Grundaufgabe der jetzt geführten Verhandlungen nicht darin besteht, um in irgendwelcher Weise das weitere zwingende Verbleiben der genannten Gebiete im Rahmen des russischen Reiches zu verdeutlichen, sondern in der Sicherung der wirklichen Freiheit der Selbstbestimmung, der inneren Staatseinrichtung und internationalen Lage der Gebiete.“

In diesem Zusammenhang wäre die Frage anzuerkennen, aus welchem Rechtsverhältnis die gegenwärtige russische Regierung ihre Berechtigung und Befugnis ableitet, für die Sicherung der wirklichen Freiheit der Selbstbestimmung dieser Gebiete bis zum äußersten, das heißt unter Umständen bis zur Fortsetzung des Krieges, einzutreten. Wenn die Tatsache, daß die besetzten Gebiete zum Bereiche des früheren russischen Kaiserreiches gehören, keinerlei Verpflichtung der Bevölkerung dieser Gebiete gegen die russische Republik begründet, ist nicht ohne weiteres ersichtlich, worauf die russische Republik ihr Recht und Pflichten gegen diese Bevölkerungen gründen will. Steht man sich aber, wie die russische Delegation dies tut, auf den Standpunkt, daß die russische Republik ein derartiges Recht besitzt, so sind in der Tat: Umfang des Territoriums, politische Voraussetzung für die Ausübung des Selbstbestimmungsrechts, Lebensverhältnisse und Form der Willensäußerung die vier Punkte, über die verhandelt werden muß, Eingkeit zu erzielen.

Zu 1: Die Behauptung, das Selbstbestimmungsrecht bestehe nicht auf dem Willen der Nationen zu, entspricht nicht unserer Auffassung des Selbstbestimmungsrechtes. Auch Teile von Nationen können Selbständigkeit und Absonderung rechtmäßig beschließen. Es ist hierbei keineswegs angenommen, daß die ethnographische Grenze für die Abgrenzung dieser Teile maßgebend sein soll. Serbien, Litauen und Polen bilden, auch historisch angesehen, vollständige Einheiten.

Deutschland und Oesterreich-Ungarn haben nicht die Absicht, sich die jetzt von ihnen besetzten Gebiete einzuverleiben. Sie beabsichtigen nicht, die fraglichen Gebiete zur Annahme dieser oder jener Staatsform zu nötigen, müssen aber sich und den Völkern der besetzten Gebiete für den Abschluß von Verträgen aller Art freie Hand vorbehalten.

Zu 2: Was die Ausführungen hierzu betrifft, so gehen sie an dem grundlegenden Unterschied vorbei, auf den die verbündeten Delegationen immer wieder hingewiesen haben.

Eine Zurückziehung der Heere ist, so lange der Weltkrieg dauert, unmöglich, jedoch kann angestrebt werden, die Truppen, falls es die militärischen Umstände gestatten, auf diejenige Zahl zurückzuführen, die zur Aufrechterhaltung der Ordnung und der technischen Betriebe im Lande unbedingt nötig ist. Die Bildung einer nationalen Gendarmerie kann angestrebt werden.

Was die Mittel der Rückführung und der während des Krieges Qualifizierten betrifft, so wird wohlwollende Prüfung von Fall zu Fall angefragt. Diese Frage kann, da sie nicht von ausschlaggebender Bedeutung ist, einer besonderen Kommission überlassen werden.

Zu 3: Der russische Vorschlag ist in seinen Einzelheiten nicht klar genug und bedarf der weiteren Aufklärung. Es ist aber ohne weiteres zuzugeben, daß mit der fortschreitenden Annäherung des allgemeinen Friedens den gewählten Vertretern der Bevölkerung des Landes in immer steigendem Umfange die Mitwirkung auch an den Verwaltungsaufgaben eingeräumt werden soll.

Zu 4: Die verbündeten Delegationen sind grundsätzlich bereit, zuzustimmen, daß ein

Votum auf breiter Grundlage

die Beschlüsse über die staatliche Zugehörigkeit der Gebiete lauten sollen. Eine einheitliche Festlegung auf ein Referendum erscheint unpraktisch.

Auch das Votum einer auf breiter Grundlage gewählten und ergänzten repräsentativen Körperschaft würde nach Ansicht der verbündeten Delegationen genügen. Es mag darauf hingewiesen werden, daß auch die von der Regierung der Volkskommissare anerkannten Staatshilfen innerhalb des ehemaligen russischen Kaiserreiches, wie zum Beispiel der Ukraine und Finnlands, nicht im Wege eines Referendums, sondern durch Beschlüsse von auf breiter Grundlage gewählten Nationalversammlungen erfolgten.

Den dem Wunsch besetzt, es neuerdings zu versuchen, zu einer Verständigung mit der russischen Regierung zu gelangen, haben die Regierungen Deutschlands und Oesterreich-Ungarns diese weitgehenden Vorschläge gemacht, fügen jedoch gleichzeitig hinzu, daß sie

den äußersten Rahmen

bilden, innerhalb dessen sie eine friedliche Verständigung noch erhoffen können. Sie waren bei der Entwicklung dieser Grundzüge ebenso von der vollen Überzeugung durchdrungen, die eigene Verantwortlichkeit nicht zu vermeiden, solange der ungelöste Streit noch fortwähre, als auch von der Intention, einige Völker, die an ihr Gebiet angrenzten, insoweit zu ziehen, als es sich um Gebiete handelte, über ihre eigene Zukunft zu entscheiden, ohne dabei in einen Zustand der äußersten Not, des Hungers und der Verzweiflung zu geraten. Eine Verständigung zwischen Rußland und den Mittelmächten über diese sehr schwierigen Fragen jedoch ist nur dann möglich, wenn auch Rußland den ernstlichen Willen zeigt, zu einer Vereinbarung zu gelangen zu wollen, und wenn es anstatt des Versuches, einseitig Diktate aufzuzwingen, sich bemüht, die Frage auch von der Gegenseite aus zu betrachten und jenen Weg zu finden, der allein zu einem friedlichen Ergebnis führen kann.

Nur unter der Voraussetzung solcher Intentionen können die Delegationen der verbündeten Mächte noch an der Hoffnung einer friedlichen Verständigung festhalten.

Hierauf ergriff Herr Trojki das Wort und erklärte: Er hoffe, daß die eben verlesene Antwort der Zentralmächte jedenfalls die Ansicht über die formalen Schwierigkeiten beseitigt habe, die für die russische Delegation durch die in der vorigen Sitzung gehaltenen

Rede des Generals Hoffmann

entstanden wären. Die russische Delegation sei der Ansicht, daß sie in vorliegendem Falle Verhandlungen mit einer Partei führe, die nicht bereit werde durch die deutsche Regierung. Der Herr Staatssekretär habe darauf hingewiesen, daß alle Punkte dieser Verhandlungen aus dem allgemeinen politischen Willen der deutschen Regierung herrühren. Solange diese Ansicht von niemandem formell widerlegt sei, lege die russische Delegation dies als eine formale Erklärung an. Wenn General Hoffmann darauf hingewiesen habe, daß die russische Regierung sich auf ihre Rechtsprechung begründe und mit Gewalt vorgehe gegen alle Anders-

Französischer Vorstoß bei Badonviller. — Gefechtssteigerung im Cerna-Vogen. — Italienische Angriffe am Fontana Secca.

Amtlich. Großes Hauptquartier, 16. Januar 1918. (W. Z. S.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppen Kronprinz Rupprecht und Deutscher Kronprinz.

Bei und südlich von Lens war die Artillerietätigkeit gesteigert. In einzelnen Abschnitten Erkundungsgesichte; südlich von Ornes wurden Gefangene gemacht.

Heeresgruppe Herzog Albrecht.

Nach mehrstündiger Feuerwirkung trafen französische Abteilungen nördlich von Badonviller vor und drangen vorübergehend in unsere vorderen Gräben ein.

Eigene Aufklärungsgruppen brachten in den oberen Togen Gefangene ein.

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Nichts Neues.

Mazedonische Front.

Am Cerna-Vogen erhöhte Gefechtsstärke.

Italienische Front.

Zwischen Brenta und Piave vielfach lebhafter Feuerkampf, mit besonderer Heftigkeit im Gebiete des Monte Asolano. Drei Italiener haben ihre erfolglosen Angriffe nur südlich vom Monte Fontana Secca wiederholt; sie wurden abgewiesen.

In den Piave-Abschnitten nördlich vom Montello verstärkte sich das englische Artilleriefeuer.

Der Erste Generalquartiermeister, Lubendorff.

Abendbericht.

Berlin, 16. Januar 1918 abends. Amtlich. Am Westhange des Monte Vertica scheiterten gestern nachmittags mehrfache Angriffe der Italiener. Von den anderen Kriegsschauplätzen nichts Neues.

denkenden, die sie als Gegenrevolutionäre und Bourgeois humpelse, so müsse allerdings bemerkt werden, daß auch die russische Regierung auf der Nacht fuhe.

In der ganzen Geschichte kenne man bisher keine anderen Regierungen. Solange die Gesellschaft aus kämpfenden Klassen bestehe, so lange werde sich die Macht der Regierung auf Kraft begründen und durch Gewalt ihre Herrschaft behaupten. Er müsse aber auf das kategorische gegen die Behauptung protestieren, daß seine Regierung jeden Abwärtenden für vogelfrei erkläre. Das, was die Regierungen anderer Länder bei den Handlungen der russischen Regierung abstoße, sei die Richtung, in der sie von ihrer Gewalt Gebrauch mache und in der sie sich durch nichts breiten lasse. So hätten er und seine Freunde, als die rumänische Regierung versucht habe, auf russischem Gebiete Gewaltmaßnahmen gegen revolutionäre Soldaten und Arbeiter anzuwenden, von hier aus der Petersburger Regierung vorgeschlagen, den rumänischen Gesandten, sein ganzes Gesandtschaftspersonal und

die rumänische Mission zu verhaften, und sie hätten die Antwort erhalten, daß dies bereits geschehen sei.

Anschließend daran führt Herr Trojki folgendes aus: „Was die beiden Beispiele anbetrifft, die General Hoffmann angeführt hat, so charakterisieren diese in keiner Weise unsere Politik auf dem Gebiete der nationalen Fragen. Wir haben Erkundigungen eingezogen über den wehrkräftigen Kongreß. Dieser Kongreß setzte sich zusammen aus den Vertretern der wehrkräftigen Agrarier und hatte versucht, sich aller derjenigen Stützpunkte zu bemächtigen, welche das Eigentum des wehrkräftigen Volkes sein müßten. Und wenn er auf Widerstand gestoßen ist, so läßt dieser Widerstand von Soldaten her, unter denen in gleicher Weise Großrussen, Weißrussen und Kleinrussen vertreten waren. Ich wiederhole in meiner formalen Erklärung darauf hin, daß diejenigen Konsulte, die zwischen uns und der Ukraine entstanden waren und die zu meinem Bedauern noch nicht vollständig beendet sind, in keiner Weise das Recht des ukrainischen Volkes auf Selbstbestimmung beschränken können und uns in keiner Weise daran gehindert haben, die unabhängige ukrainische Republik anzuerkennen.“

Herr Trojki kam hierauf auf das Schicksal der besetzten Gebiete zu sprechen und meinte, aus den bisherigen Ausführungen der deutschen Vertreter den Schluß ziehen zu können, daß die Entscheidung des Schicksals dieser Gebiete erfolgen solle ohne Rücksicht darauf, ob das eigene Volk bereits imstande sei, die Entscheidung in die eigene Hand zu nehmen. Er möchte demgegenüber der Meinung Ausdruck geben, daß die geäußerte Ansicht nur die Ansicht der russischen Delegation bestärken kann über die sehr unangeordnete Rolle, die die Rechtsphilosophie in der Frage der Entscheidung des Schicksals von Völkern spiele. Das beziehe sich genau ebenso auf die Rechtsphilosophie des obersten amerikanischen Gerichtshofes. Wer die Geschichte der Entscheidungen dieses obersten Gerichtshofes genau gelesen habe, der wisse, daß dieser Gerichtshof seine Rechtsphilosophie sehr häufig in diesem oder jenem Sinne geändert habe, je nachdem es nötig gewesen sei, das Gebiet der Vereinigten Staaten zu erweitern oder nicht. Er glaube, daß bezüglich dieser Frage es viel interessanter wäre, nicht eine Parallele zu ziehen mit der Entscheidung des obersten amerikanischen Gerichtshofes, sondern mit den Ansichten und Aussprüchen derjenigen englischen Juristen, die ihr Recht begründeten und herleiteten, ihre amerikanische Kolonie in der Hand zu behalten.

Was die Form des Verhandels anlangt, so halte es die russische Delegation für notwendig, gerade diejenigen Punkte in den Vordergrund zu stellen, die den

Gegenstand von Meinungsverschiedenheiten

bilden und dies mit aller genügenden Entschlossenheit, weil nur in diesem Falle eine gerechte Lösung gefunden werden könne.

Der Vorsitzende der Deutschen Delegation habe gefragt, aus welchem Quella die russische Delegation die Berechtigung herleite, sich für das Schicksal der besetzten Länder zu interessieren, da sie erklärt habe, daß deren frühere Zugehörigkeit zu Rußland ihnen keinerlei völkerrechtliche Verpflichtungen gegenüber Rußland auferlege. Aber sein Recht, sich für das Schicksal dieser Gebiete zu interessieren, habe der Herr Staatssekretär nicht aus der harten Tatsache der Besetzung hergeleitet, sondern aus dem Prinzip der Selbstbestimmungsrechte der Völker, welches er allerdings etwas restriktiv interpretiert. Dieses Prinzip gelte aber nicht nur für die russische Delegation und begründe hinsichtlich ihr Interesse an dem Schicksal derjenigen Völker, deren Ausweisung aus dem Bestande des früheren russischen Kaiserreiches sie nicht verhindere. Herr Trojki schloß mit der Bemerkung, daß sich die russische Delegation selbstverständlich das Recht vorbehalte, eine genaue Beurteilung abzugeben über den Charakter der Entscheidungen, die heute verlesen worden seien.

Hierauf ergriff Staatssekretär v. Kühlmann das Wort und fügte nachstehendes aus:

„Was die Rede des Herrn Generals Hoffmann betrifft, möchte ich sowohl für mich als für den Herrn General Hoffmann ausdrücklich das Recht vorbehalten, auf diese Angelegenheit zurückzukommen.“

Die staatsrechtliche Zuständigkeit des Deutschen Reiches hat der Herr Vorsitzende mit der genannten Kenntnis internationaler Verhältnisse, die er besitzt, vollkommen richtig charakterisiert.

Der Herr Reichskanzler, der einzige verantwortliche Reichsminister, erzieht auf dem gesamten Gebiete der auswärtigen Politik die für seine Organe maßgebenden Anweisungen.

Ueberrascht ist es bei der engen politischen Uebereinstimmung, in der ich mich mit Herrn General Hoffmann befinde, vollkommen selbstverständlich, daß zwischen unseren Auffassungen keinerlei Anfechtung besteht. Der grundlegende Unterschied zwischen unserer Auffassung und der der russischen Delegation ist, daß wir im Gegensatz zu ihr auf dem Vorhandenen aufbauen, daß wir ohne Bruch und gewalttätigen Uebergang in jenen Gebieten ein geordnetes Staatsleben entstehen lassen wollen, und daß wir es ablehnen, aus reiner Liebedienerei gegen die Theorie erst einen lustleeren Raum zu schaffen und in einer bisher näher nicht bezeichneten Weise in diesem lustleeren Raum den Staat sich bilden zu lassen. Ueberrascht hat mich die geringschätzigende Bewertung der Urteile des obersten amerikanischen Gerichtshofes durch Herrn Trojki. Wir ersehen die Geschichte der Gründung dieser großen Republik und ein Urteil ihres obersten Gerichtshofes über einen Punkt dieser Geschichte für die Beurteilung der zwischen uns bestehenden Kontroverze immens nicht ohne Bedeutung. Wenn der Herr Vorsitzende der ... im übrigen nehme ich aber mit Befriedigung Notiz von dem Schluß der Ausführungen des Herrn Staatssekretärs, daß er und seine Delegation nimmermehr gesonnen sind, in die wirkliche Diskussion und Klärung der Einzelheiten der uns trennenden Auffassungen einzutreten. Lähm ist mein Versehen von der ersten Stunde unserer Arbeiten an gegangen, und ich war der Ansicht, daß die beiden schriftlich fixierten Darstellungen der gegenseitigen Standpunkte, wie sie vor der Weihnachtspause erfolgt waren, als Unterlage für die Diskussion genügende Formulierung geboten hätten. Jetzt schlage ich vor, uns an die weitere von der russischen Delegation vorgeschlagene Arbeitsmethode zu halten, um über die vier Punkte, wie sie in unsere Antwort aufgenommen worden sind, nun wirklich

in die Detaildiskussion

einzutreten. Ich hoffe, daß wir dann in wenigen Tagen so weit sind, mit voller Klarheit und in dem vollen Gefühl der Verantwortlichkeit zu sagen, ob die Schwierigkeiten überwunden werden können oder der hier gemachte Versuch aufgegeben werden muß.

Herr Trojki erklärte hierauf: Seines Erachtens könne man jetzt zu der Beratung der beiden Antworten, die vorgelegten worden seien, übergehen. Er müsse jedoch nochmals betonen, daß er in der Frage der Zurückziehung der Truppen in keiner Weise der Ansicht des deutschen Vorsitzenden beitreten könne, daß angeblich die Entfernung der Besatzungstruppen hinter sich einen leeren Raum zurücklassen würde.

Diejenigen Völker, die das Gebiet Polens, Litauens und Kurlands bewohnen, würden in keiner Weise in einer politisch schwierigen Lage sich befinden, wenn die Besatzungstruppen sie sich selbst überlassen würden. Zweifelhaft ist es sich um technische Schwierigkeiten handelt, wie das Fehlen einer eigenen Eisenbahn, Post usw., so könne man in solchen Fragen freiz zu einer Einigung gelangen, auch ohne Kontrolle von Besatzungstruppen.

Demgegenüber wies Staatssekretär v. Kühlmann darauf hin, daß neben den technischen Gründen auch die Gründe der Sicherheit, die in dem verlesenen Texte angeführt worden seien, in den betreffenden Gebieten eine sehr wichtige Rolle spielten. Sodann beantragte Herr v. Kühlmann, nimmermehr über die von der russischen Delegation selbst vorgeschlagenen vier Punkte in der von ihr angetragenen Ordnung in eine geschäftsmäßige Behandlung einzutreten. Nachdem sich Herr Trojki diesem Vorschlag angeschlossen hatte, wurde die Sitzung beendet und die nächste Sitzung für den folgenden Tag 11 Uhr vormittags anberaumt.

Die Kriegsziele der Alliierten.

Die Frage einer Einheitsklärung.

Der römische Korrespondent der „Stampa“ berichtet, der Hauptpunkt der Pariser Konferenz sei die Abgabe einer ins einzelne gehenden Erklärung über die Kriegsziele der Alliierten und die Abfassung eines gemeinsamen, die gesamten Forderungen enthaltenden Dokuments. Die italienische Regierung habe einem derartigen Einheitsdokument zugestimmt. Auch „Giornale d'Italia“ bezeichnet ein derartiges Dokument als erwünscht und wahrheitsgemäß, hält es aber für nötig, darauf hinzuweisen, daß die Hauptpunkte des demokratischen Friedens dadurch keinerlei Veränderungen erfahren würden. An erster Stelle würden die Forderungen Frankreichs gegenüber Deutschland und Italiens gegenüber Oesterreich bestehen bleiben.

Daß die Abgabe einer Einheitsklärung schon entschiedene Sache sei, darf aus den italienischen Äußerungen nicht geschlossen werden. Aber offenbar sind Beratungen im Gange, die dahin zielen, und in Italien gibt es Bestrebungen, die annektionistischen Hoffnungen könnten dabei zu kurz kommen.

Schwere Unruhen in Spanien.

Madrid, 15. Januar. (Weldung der Agence Havas.) Die durch die Forderung hervorgerufene Unzufriedenheit nimmt im größten Teil der Provinz immer größeren Umfang an und an einigen Punkten eine beunruhigende Wendung an. Telegramme aus Santander, Malaga, Valencia und Barcelona berichten über Kundgebungen, ausschließlich von Frauen veranstaltet. In Barcelona wurden 30 Frauen beim Einsturz der Treppe der Präfektur, die von der Menge besetzt worden war, verwundet. In Santander fanden Zusammenstöße zwischen Frauen und der Polizei statt. In Malaga waren über 1000 Frauen mit Steinen gegen die Bürgerhäuser. Die städtischen Bureau wurden beschädigt. Die Kaffeehäuser und Klubs wurden durch Gendarmerie geräumt. Die Blätter drücken die Zuversicht aus, daß die Regierung die äußersten Anstrengungen machen werde, um der Lage Herr zu werden.

Die Vorgänge in Malaga deuten darauf hin, daß es sich bei den Unruhen um noch mehr als Hungerunruhen handelt. Die Bewegung ist im Begriff, aus sozialer Erbitterung in politische Revolution umzuschlagen. Aus Barcelona wird jetzt eine Parteitreue Ferron vom 30. Dezember bekannt, die aus Anlaß der republikanischen Erfolge bei den letzten Kommunalwahlen gehalten wurde. Ferron erklärte, mit Pablo Iglesias, dem Sozialistenführer, und Malgala des Alvarez, dem Haupt der Reformisten, wünsche er allen Freunden kundzutun, bereit zu sein für die Stunde der Ehre für ihr Ideal. Der Augenblick sei gekommen, wo die, welche sich selbst revolutionär nennen, beweisen könnten, daß sie es wirklich seien. Die Zensur untersagte den Zeitungen, die drohendsten Stellen der Rede Ferron mitzutheilen. Man liest sie aber soeben in Auslandsblättern.

Weitere Verhandlungen in Brest-Litowsk.

Technische Schwierigkeiten, die durch den Kriegszustand verursacht sind, zwingen uns, den in späterer Stunde eingelaufenen Bericht trotz seiner Wichtigkeit zu kürzen.

Nach d. „Vorwärts“.

Am 15. d. Mts. haben zwei weitere Sitzungen der deutsch-österreichisch-ungarisch-russischen Kommissionen zur Regelung der territorialen und politischen Fragen stattgefunden.

Der Vorsitzende der russischen Delegation regte zunächst die Zugewinnung von Vertretern der besetzten Gebiete an.

Staatssekretär v. Kuhlmann gab erneut seiner Bereitwilligkeit Ausdruck, solche Vertreter heranzuziehen, dies jedoch unter der schon früher festgelegten Voraussetzung, daß das Erscheinen dieser Vertreter in Brest-Litowsk auch von der russischen Delegation dahin aufgefaßt werde, daß die Staatsverdingung dieser Gebiete durch die Zulassung ihrer Abgeordneten auch russischerseits wenigstens präsumptio anerkannt werde.

Trozkij erklärte, nicht anerkennen zu können, daß diese Vertreter den Willen der gesamten Bevölkerung jener Länder zum Ausdruck zu bringen geeignet seien.

Staatssekretär von Kuhlmann stellte fest, daß die abweichenden Ansichten der verhandelnden Parteien sich nicht hätten vereinigen lassen, indem er hinzufügte, daß dieser Umstand an sich nicht notwendigerweise zum Scheitern der Verhandlungen führen müsse.

Indem Herr Trozkij zugab, daß die Fortsetzung der Debatte auf dem bisher behandelten Gebiet wenigstens im augenblicklichen Stadium der Verhandlungen zwecklos erscheine, erklärte er, daß, wenn die seiner Ansicht nach erforderlichen Voraussetzungen für die Volksabstimmung gewährleistet seien, es für die praktische Lösung der Frage in der Tat gleichgültig sei, welches Organ von dieser oder jener Regierung in irgendeinem vorhergehenden Zeitpunkt präsumptio anerkannt worden sei.

Bei der Erörterung des vom Staatssekretär von Kuhlmann gemachten Vorschlags, für die Bormahme der entscheidenden Abstimmungen in den besetzten Gebieten den Zeitraum zwischen dem Abschluß des Friedens mit Rußland und spätestens einem Jahre nach dem allgemeinen Friedensschluß anzusetzen, schritt Herr Trozkij

sofort die Räumungsfrage an. Er führte aus, daß keine genügenden Gründe vorlägen, die Schicksale der fraglichen Gebiete mit dem Verlaufe und weiteren Gang des Krieges zu verknüpfen.

Nach weiterer Debatte stellte Staatssekretär Kuhlmann fest, daß zwischen den Parteien Übereinstimmung herrsche in dem Wunsche, möglichst bald den durch den Krieg geschaffenen Zuständen ein Ende zu bereiten, wiederholte aber, daß es aus den dargelegten Gründen unzulässig sei, die militärischen Sicherungen vorzeitig zu schwächen.

Die Nachmittagsitzung wurde um 5 Uhr durch den Staatssekretär von Kuhlmann mit längeren Ausführungen eröffnet, in denen er sagte:

Die verhandelnden Delegationen sind von der vollkommenen aufrichtigen Absicht geleitet, für die Abstimmung bzw. Wahl des höchstmöglichen Maßes von absoluter politischer Freiheit herzustellen, welches mit den Umständen verträglich ist. Eine gewisse Zahl bewaffneter und disziplinierter Streitkräfte sei aber zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung notwendig, um den ökonomischen Betrieb des Landes in Gang zu halten. Die Gegenwart dieser Kräfte könne der Freiheit der Abstimmung in keiner Weise abträglich sein.

Trozkij erklärte, er müsse sich erst über die Räumungsfrage völlige Klarheit verschaffen, die er bis jetzt noch nicht habe.

Staatssekretär v. Kuhlmann entgegnete, er könne keine Gewähr dafür übernehmen, daß innerhalb des Zeitraumes, der für die Abstimmung praktisch in Frage komme, militärische Erwägungen eine vollkommene Räumung des Gebietes möglich erscheinen lassen würden.

Trozkij erklärte, daß die Gegenwart der in Frage stehenden organisierten Kräfte nach russischer Ansicht der Bedeutung der Abstimmung sehr schweren Eintrag tun würden. Seiner Ansicht nach könne die Abstimmung erst stattfinden, wenn die Flüchtlinge und Emigrierten wieder in ihrer Mehrzahl in ihre Heimat zurückgeführt seien.

Staatssekretär von Kuhlmann gab ohne weiteres zu, daß grundsätzlich Flüchtlinge berechtigt sein sollten, in ihre Heimat zurückzukommen.

nächste Sitzung findet Donnerstag nachmittag 3 Uhr statt. Tagesordnung: Saisonarbeiten, Zensurdebatte, Belagerungszustand.

Ostelbisches Radikalmittel gegen den Hunger Man nehme den Verbrauchern ihr Letztes.

Endlich erfahren wir, daß unsere Ernährungspolitik bisher ganz falsche Wege gegangen ist. Es war der größte Irrtum, die Erzeuger zu kontrollieren, daß sie ihre Erzeugnisse abliefern. Kontrolliert werden muß der Verbraucher, daß er nicht zu viel isst. Und entdeckt man einen, der über die staatlichen Normen hinaus isst, so gibt es ein einfaches Mittel gegen ihn: man gibt ihm überhaupt nichts mehr und nimmt ihm weg, was er noch etwa besitzt. Dann mag der verfluchte Kerl Hunger sterben, damit ist wenigstens die Ration eines lästigen Verbrauchers erspart, und von dem Dahingeshiedenen kann man sagen: „Sein Leidens war kurz.“

Das ist kein Witz. Es ist ostelbische Wahrheit. Der Vorsitzende des Kreisauerschusses von Wollstein (im Wahlkreise des Grafen Westarp), ein Herr von Lude, zeichnet als der Erfinder dieses patentwürdigen Verfahrens. Herr von Lude hat nämlich entdeckt, daß einige seiner kreiseingesessenen Verbraucher den ihnen zugewiesenen Wintervorrat an Kartoffeln nicht fein säuberlich in Wochenrationen a 7 Pfund eingeteilt haben. Ihr unverschämter Hunger hat sie angetrieben, 8 oder gar 9 Pfund wöchentlich zu verzehren. Und deswegen dekretiert Herr von Lude, nachdem er kategorisch jeden Erfolg des Wehrverbrauchs abgelehnt hat:

Es werden von jetzt ab in den Haushaltungen regelmäßige Revisionen der Kartoffelvorräte vorgenommen und wird Haushaltungen, welche die Kartoffeln nicht ordnungsmäßig aufbewahrt oder über den Tagesbedarf hinaus davon verzehrt haben, der Rest der Kartoffeln weggenommen, auch der Fall im Kreisblatt bekannt gegeben werden.
Wollstein, den 20. Dezember 1917.

Der Vorsitzende des Kreisauerschusses, von Lude.
Die Bekanntgabe im Kreisblatt findet unsern Beifall. Man sollte sie gleich in der Form einer Todesanzeige abfassen, etwa in der Form: „In 14 Tagen wird an Hunger sterben mein heiligster Verpflegungsberechtigter Kreisinsasse Max Müller, nachdem ich, der Landrat, ihm seinen Kartoffelvorrat für den Winter wegen Böllerei entziehen mußte. Dies zeigt in tiefstem Schmerz an der Vorsitzende des Kreisauerschusses von Lude.“ Natürlich hat der Staat auch die Beerdigungskosten zu übernehmen.

Dürfen die Höchstpreise überschritten werden?

In der Sonntagsnummer hatten wir einen Leitartikel veröffentlicht, der die Heberschrift trug: „Heberschrift der Höchstpreise erlaubt!“ Hierzu erhalten wir vom Kriegsernährungsamt nachstehende Zuschrift:

„In der Sonntagsausgabe des „Vorwärts“ vom 13. d. Mts. brachten Sie unter der Heberschrift „Neues zur Reichsminister-Schrift“ eine Nachricht, nach welcher in einer Sitzung in der Reichsstelle für Gemüse und Obst der Regierungsrat Naglaff, der die Verhandlungen leitete, erklärt haben soll, daß an eine Umkehrung der Höchstpreise für Gemüse vorläufig nicht gedacht werden könne. Die Gemeinden hätten das Recht, bis die Konkurrenz der Großbetriebe beseitigt wäre, die Höchstpreise zu überschreiten. Der Termin, von welchem ab dies nicht mehr zulässig sei, werde noch bekanntgegeben werden.“

Die vom Kriegsernährungsamt sogleich veranlassenen Ermittlungen haben ergeben, daß die obige Darstellung unzutreffend ist. In jener Sitzung, die am 19. Dezember stattfand, wollte der Regierungsrat Naglaff als Leiter der neuerwählten Kontrollabteilung der Reichsstelle von den Vertretern der Groß-Berliner Gemeinden die Mißhilfe bei Bekämpfung der Heberschreitungen von Höchstpreisen in der Weise erwirken, daß ihm jedes Angebot, das eine Höchstpreisüberschreitung enthalte, zur Verfolgung mitgeteilt werde. Die Ware sollte alsdann beschlagnahmt und dem Kommunalverbande, der die Mißleistung gemacht habe, zum Höchstpreise überwiesen werden. Die Vertreter der Groß-Berliner Gemeinden waren hierzu an sich bereit, machten aber ihre Zustimmung von der Bedingung abhängig, daß die sämtlichen Kommunalverbände und Großbetriebe Deutschlands zu einem gleichen Vorgehen gezwungen würden, damit nicht Groß-Berlin in Konkurrenz käme. Regierungsrat Naglaff stellte dies am Schluß der Sitzung als übereinstimmende Ansicht der anwesenden Groß-Berliner Vertreter fest, versprach die Entscheidung des Vorsitzenden der Reichsstelle darüber einzuholen und, bis diese gefallen sei, in der

Verfolgung von Höchstpreisüberschreitungen nach Möglichkeit mit unübler Schonung zu verfahren. Er fügte aber ausdrücklich hinzu, daß trotzdem die Kommunalverbände verpflichtet blieben, sich streng an die Höchstpreise zu halten.

Der Vorsitzende der Reichsstelle ließ, als er zwei Tage später von dem Verlaufe der Sitzung Kenntnis erhielt, sogleich allen beteiligten gemeindefreien Groß-Berliner Gemeinden telephonieren, daß er es zurückweisen müsse, sich von irgend jemand, wer es auch sei, für die Verfolgung gegebener geschilderter Verhältnisse Bedingungen stellen zu lassen.“

Soweit die Mitteilung des Kriegsernährungsamtes. Es ist daraus zu schließen, daß der größte Teil unseres Berichtes zutreffend ist, wonach die Kommunalvertreter glaubten, die Beseitigung der bisherigen Mißstände sei nur durch eine Abänderung des Systems zu erreichen. Nur der Schluß des Berichtes soll eine unzutreffende Darstellung enthalten. Wir vermögen uns dieser Auffassung des Kriegsernährungsamtes nicht anzuschließen. Es wird doch zugegeben, daß der Vorsitzende am Schluß seiner Ausführungen versprach, bis zur Entscheidung des Vorsitzenden der Reichsstelle in der Verfolgung von Höchstpreisüberschreitungen nach Möglichkeit mit unübler Schonung zu verfahren. Das ist das entscheidende Moment. Wie mußte nun diese Äußerung von den anwesenden Kommunalvertretern aufgefaßt werden?

Sie konnte nur so aufgefaßt werden, daß Höchstpreisüberschreitungen erlaubt seien, denn was anderes heißt es denn „nach Möglichkeit mit unübler Schonung verfahren“. Soweit wie wir die Rechtslage beurteilen können, gibt es doch nur zweierlei, entweder man bringt Höchstpreisüberschreitungen zur Anzeige und dann setzt doch das Gericht die evtl. Strafen fest; oder man nimmt von Anzeigen Abstand. Wollte man letzteres mit den erwähnten Worten andeuten, so mußte trotz des Nachsatzes, daß „die Gemeinden verpflichtet blieben“, die Auffassung entstehen, daß die Heberschreitung der Höchstpreise erlaubt sei. Daß sie entstanden ist, beweisen ja die uns zugegangenen Berichte, die wir als Unterlage unseres Leitartikels benutzt haben.

Stichwahltermin Bann-Kamenz. Die Stichwahl im 3. sächsischen Reichstagswahlkreis Bann-Kamenz ist auf den 25. Januar festgesetzt.

Der kranke Bizekanzler. Die „Kölnische Zeitung“ meldet aus Stuttgart vom 13. Januar: Der Gesundheitszustand des Bizekanzlers von Bayer hat sich, wie man hört, so weit gebessert, daß er voraussichtlich noch in diesem Monat seine Tätigkeit in Berlin wieder aufnehmen können.

Bayern in Brest-Litowsk. Die „Bayerische Staatszeitung“ meldet: Nach Beratungen mit der Reichsleitung wird an den Friedensverhandlungen mit Rußland auch ein bayerischer Vertreter teilnehmen. Er wird als Mitglied der bestehenden Delegation des Deutschen Reiches durch den Reichszugler seine Instruktionen erhalten. Als bayerischer Vertreter ist mit Genehmigung Seiner Majestät des Königs Staatsminister Dr. Graf von Bodelschwingh bestimmt worden.

Der ironische Seherkold. In der „Deutschen Tageszeitung“ lesen wir folgende Erklärung:

„Das „Berliner Tageblatt“ veröffentlicht am 9. Januar 1918 ein Schreiben, welches an zahlreiche Mitglieder der Deutschen Vaterlandspartei verschickt sei und zu einem Trommelfeuer von Eingaben auffodere.“

„Mit diesem Schreiben hat der Vorstand der Deutschen Vaterlandspartei nichts zu tun; es ist, wie Nachforschungen ergeben haben, ohne seine Kenntnis von einem einzelnen Mitgliede verschickt worden. Der Vorstand der Deutschen Vaterlandspartei mißbilligt, wie sich von selbst versteht, ein derartiges Vorgehen auf das entschiedenste.“

Sind u. a. folgende Beileidskundgebungen eingetroffen:
Mit der letzten Zeile hat der Seherkold politisches Verständnis bewiesen.

Letzte Nachrichten.

Schwere Explosion im Betriebe der A. G. W.

In einem Fabrikraum der A. G. W., Brunnensir. 107a, entstand gestern vormittag aus noch nicht aufgeklärter Ursache eine schwere Explosion. Von den in dem Raume anwesenden Personen wurde die 23jährige Arbeiterin Ida Kuczewski aus der Kolberger Straße, deren Ehemann im Felde steht, in Stücke gerissen und auf der Stelle getötet. Durch umherfliegende Eisen-, Holz- und Glasplitter wurden verletzt die 23jährige Arbeiterin Margarethe Schlagowski, Linienstr. 66, die 23jährige Arbeiterin Luise Polei, Schwedler Str. 239, die 21 Jahre alte Arbeiterin Erna Große, Ufermünder Str. 9, die in demselben Alter stehende Arbeiterin Marie Meyer, Putzstr. 11 und die 27jährige Arbeiterin Frau Ely Schwenzler, Poststr. 40. Gleichzeitig erlitten die Verunglückten infolge sich entwickelnder Säuredämpfe Vergiftungen. Die Verletzten wurden sämtlich dem Lazarus-Krankenhaus, die Leiche der Frau Ida Kuczewski dem Schauhaufe zugeführt.

Caillaux' angeblicher Plan.

Nach einer Meldung der „Giornale d'Italia“ soll in Florenz ein geheimer Plan Caillaux' für den Fall seiner Ministerpräsidentenschaft entworfen worden sein.

Caillaux würde die Verhaftung Poincarés und aller derjenigen, die die öffentlichen Angelegenheiten Frankreichs in jener letzten Zeit leiteten, mit Einschluß Briand, angeordnet haben. Dieses Programm sah die Schaffung neuer Staatsorgane vor, wobei der gesamte militärische Oberbefehl an der Front dem General Sarrail anvertraut und nach Paris zwei Sonderregimenter, aus forstlichen Soldaten gebildet, berufen werden sollten mit ihren Generalen, die Caillaux als seine ergebensten Freunde betrachtete. Er hätte dann durch die Kammer das Projekt genehmigen lassen, das Caillaux den „Rubikon“ nannte und das ihm die absolute Gewalt gab.

Es handelte sich um einen wirklichen Staatsstreich. Kammer und Senat würden aufgelöst worden sein. Gleichzeitig hätte Frankreich die äußerste Anstrengung zu machen gehabt, um irgendeinen Sieg an der Front und einen diplomatischen Sieg davon zu tragen, um im Glanze dieses Sieges einer Volksabstimmung den Friedensvorschlag und den Friedensvertrag unterbreiten zu können. (??)

Paris, 16. Januar. (Ovad.) Comby, der in die Angelegenheit Caillaux verwickelt ist, ist Dienstagabend im Zimmer des Polizeikommissars, wohin er gerufen worden war, um Aufschlüsse zu geben, verhaftet worden. Comby wurde unmittelbar darauf in das Gefängnis La Santé abgeführt.

Große Warenhebenungen aufgedeckt.

Deutchen, 16. Januar. Das Kriegsernährungsamt beschlagnahmte verschobene Waren in Wert von 1/4 Millionen Mark. Eine Anzahl hiesiger Geschäftsleute wurde in Haft genommen.

Revolvergeschüsse gegen Lenin.

Petersburg, 15. Januar. (Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) Als Lenin gestern eine Abteilung der sozialistischen Roten Garde, die zur Front abging, begleitet hatte und im Automobil zurückkehrte, wurden auf dieses vier Revolvergeschüsse ohne Erfolg abgefeuert.

Der Krieg auf den Meeren.

Berlin, 15. Januar. Neue U-Boots-Erfolge im Mittelmeer:

ein englischer Zerstörer und 24 000 Br.-R.-T. Handelschiffsraum.

Am 30. 12. hat eines unserer U-Boote, Kommandant Oberleutnant z. S. Obermüller, vor Alexandria einen großen bewaffneten, durch Fischdampfer und Torpedobootszerstörer stark gesicherten,

vollbesetzten Truppentransporter versenkt

und darauf in lähmendem Angriff den Zerstörer der Sicherung U 08 durch Torpedostreifer vernichtet. Der Transporter hatte nach Beobachtung des U-Bootes anscheinend ausschließlich weiße Engländer an Bord.

Unter den übrigen von unseren U-Booten versenkten Schiffen, von denen die meisten für Italien bezw. die Engländer im Orient Ladung hatten, befand sich ein weiterer bewaffneter von Zerstörern gesicherter Transportdampfer von etwa 5000 Tonnen sowie zwei mittelgroße Dampfer, die aus Geleitzügen herangeschossen wurden.

Der Chef des Admiralstabes der Marine.

Kritisch. Berlin, 16. Januar. Am 14./15. Januar unternahm leichte deutsche Streikräfte einen

Streifzug durch die südliche Nordsee.

Sie trafen weder feindliche Kriegsschiffe noch Handelsfahrzeuge an, trahnten sie nördlich der Themsemündung bis dicht unter die englische Küste vorstießen. Dort nahmen sie wichtige Hafenanlagen auf nächste Entfernungen bei guter Beobachtung mit über 300 Schuß unter wirksamer Artilleriefirever.

Der Chef des Admiralstabes der Marine.

Hauptauschuß.

Die Liquidation fremden Eigentums in den Reichsständen

Der Hauptauschuß des Reichstags verhandelte am Mittwoch zunächst über die Liquidation der Werte der Familie de Wendel. Die Verhandlungen waren vertraulich. An den Auseinandersetzungen beteiligten sich die Abg. Dr. Cohn und Emmel, Staatssekretär v. Stein, General v. Weisberg und Abg. Gothein, der anregte, die auf Grund von Bundesratsverordnungen getroffenen Maßnahmen einmal auf ihre Rechtmäßigkeit zu prüfen. Die Abg. Trimborn, Ebert und Liesching brachten zu der Angelegenheit folgende Resolution ein:

„Den Herrn Reichszugler zu eruchen, alsbald die erforderlichen Maßnahmen zu treffen, um durch die Aufhebung des Reichs über die Naturschätze (Erze usw.) die Interessen der Allgemeinheit gegenüber den Standhalten zu wahren.“

Diese Resolution wünscht, daß die vorhandenen Erze unter staatliche Kontrolle gestellt werden, namentlich nachdem von den Interessenten immer behauptet wird, unsere Erzkorkommen seien derart knapp, daß wir unbedingt die Erzbedürfnisse von Longwy und Brieg annehleren müßten. Staatssekretär v. Stein erklärte, daß man den in dieser Resolution gedankten Wünschen bereits Rechnung getragen habe. Wie die Sache gesetzgeberisch festzulegen sei, werde noch erwogen. Eine weitere Resolution Gothein, Ebert, Sidde wünscht, den Herrn Reichszugler zu eruchen, zu verhindern, daß durch den Ausstoß der gesamten Wendelischen Werte und Erzfelder in den Interessentenkreis des Stahlwerksverbandes übergehen. Diese Resolution wurde zunächst dem Unterausschuß überwiesen. Die Resolution Trimborn, Ebert und Liesching wird mit großer Mehrheit angenommen.

Nach einer kurzen Geschäftsordnungsdebatte im Anschluß an die Ausführungen des Abg. Dr. Cohn, der die Rechtmäßigkeit der Liquidation bezweifelt, sowie Neutralität beilegt, stellte Abg. Erzberger den Antrag, die ganze Angelegenheit eventuell noch einmal an den Unterausschuß zurückzuzweifeln, mit der Maßgabe, daß der Verlust nicht eher stattfinden soll, als bis der Unterausschuß Bericht erstattet hat. Dieser Antrag wurde nach langer Debatte einstimmig angenommen. — Die

Gewerkschaftsbewegung

Konferenz der Tabakarbeiter.

Am 10. November hatte eine Konferenz der Vertreter des freien, des christlichen und des kirchlich-dünkelnden Tabakarbeiterverbandes die Forderung an die Fabrikanten gestellt, daß die bisher gewährten Zulagen auf 60 v. H. der Friedenslöhne zu erhöhen seien. Die Forderung wurde den Fabrikantenorganisationen sofort unterbreitet. Bevor noch der Deutsche Tabakverein Stellung zu den Forderungen genommen hatte, empfahlen einige seiner Unterverbände, so der Bezirksverein Sieben und Umgebung, der Verband der Untermittelgebirge und der Fabrikantenverband für Hamburg-Altona ihren Mitgliedern eine Erhöhung der Zulagen auf 50 v. H. der Friedenslöhne. Auch der Westfälische Zigarrenfabrikantenverein, der dem Deutschen Tabakverein nicht angeschlossen ist, empfahl die Zulagen für Zigarrenarbeiter auf 50 v. H. für Sortierer auf 35 v. H. zu erhöhen. Der Zentralverband Deutscher Zigarrenfabrikanten, eine Vereinigung der mittleren und kleinen Fabrikanten, beschloß, die Zulagen auf 50 v. H. zu erhöhen, dagegen erhöhte die Hamburg-Altonaer Ortsgruppe dieses Verbandes die Zulage auf 60 v. H. der Friedenslöhne. Dann nahm der Deutsche Tabakverein in einer Sitzung seines Ausschusses am 13. Januar 1918 Stellung und beschloß, daß den Bezirksverbänden und Fachverbänden (Rauchtabak, Kautabak und Schnupftabakbranche) eine Erhöhung des Kriegszuschlages bis zu 50 v. H. auf die Friedenslöhne anheimgegeben werden soll, wobei die nicht als Kriegszuschlag gewährten Lohnsteigerungen mit eingerechnet sein sollen, die Durchführung im einzelnen aber den Bezirksvereinen bzw. den Betrieben zu überlassen. Nachdem der Deutsche Tabakverein so beschloß, hat eine weitere Reihe Unterverbände dieser Organisation Stellung genommen und den Arbeiterorganisationen das Resultat mitgeteilt, während andere es bisher nicht für nötig gehalten haben, überhaupt Stellung zu nehmen oder die Arbeiterverbände von dem Resultat ihrer Beschlüsse zu unterrichten.

Am 10. Januar 1918 fand nun wiederum eine Konferenz der drei Tabakarbeiterverbände in Frankfurt a. M. statt, um zu den Beschlüssen der Fabrikantenorganisationen Stellung zu nehmen. Die Aussprache auf dieser Konferenz war eine lebhafteste. Allgemeine Verwunderung kam darüber zum Ausdruck, daß es sowohl der Deutsche Tabakverein wie die übrigen Fabrikantenorganisationen nicht zu einer vollen Anerkennung der Arbeiterforderungen hätten kommen lassen, zumal eine größere Anzahl Fabrikanten heute 60 v. H. und mehr als Lohn- bzw. Teuerungszulagen zahlen. Es sei auch angeführt der hohen Fabrikalpreise heute sehr wohl möglich, eine solche Erhöhung des Lohnes vorzunehmen. Wenn jene Fabrikanten, die starke Deereslieferungen hätten, wegen der ihnen gezahlten Preise die Zulagen nicht auf 60 v. H. erhöhen könnten, wie sie sagen, so möchten sie an geeigneter Stelle sich um höhere Preise bemühen; die Tabakarbeiter könnten darunter leiden, zumal eine Erhöhung der Zulagen auf 60 v. H. angeht die fürchterlichen Teuerung eine beschwerliche Forderung sei. Sehr getadelt wurde der Beschluß verschiedener Bezirksverbände der Fabrikanten, einen Unterschied in den Zulagen bei den verschiedenen Gruppen der Arbeiter zu machen. Während nur den Zigarrenarbeitern und Wickelmachern 60 v. H. gewährt werden sollte, habe man z. B. für Sortierer, Bekleber, Kurierer usw. niedrigere Raten in Aussicht genommen. Schließlich einigte sich die Konferenz auf folgende Entscheidung:

Die am 10. Januar 1918 in Frankfurt a. M. tagende Konferenz der drei Tabakarbeiterverbände bedauert, daß es in der Tabakindustrie infolge des Verhaltens der Fabrikantenorganisationen immer noch nicht möglich gewesen ist, eine einheitliche Regelung der Wünsche der Tabakarbeiter betr. die Zulagen zu erzielen. Die Konferenz erklärt, daß es noch wie vor für nötig hält, die Lohnfragen auf zentraler Grundlage zu regeln, um so zu gesunden Zuständen auf dem Gebiete der Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu kommen. Die Konferenz ist der Meinung, daß gerade in der gegenwärtigen Zeit die einheitliche Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse am besten gefördert werden kann.

Begünstigt der Wünsche der drei Tabakarbeiterverbände, wie sie die Bezirkskonferenz am 18. November 1917 formuliert hat, bringt die heutige Konferenz mit Bedauern zum Ausdruck, daß die gewünschten 60 v. H. Zulage nicht von allen Organisationen der Fabrikanten ihren Mitgliedern gegenüber zur Zahlung empfohlen worden sind. Ferner hält es die Konferenz für ungerechtfertigt, daß die einzelnen Gruppen der Tabakarbeiter von einem Teil der Fabrikantenorganisationen bezügl. der Zulagen verschieden behandelt werden.

Die Konferenz der drei Tabakarbeiterverbände empfiehlt nunmehr der Tabakarbeiterschaft, als Mindestzulage überall 60 v. H. zu erfordern und dort, wo eine solche Zulage nicht gemacht worden ist, erneut mit Hilfe der Organisationen vorzugehen, um so zu der nötigen Einheitlichkeit in der Zulagengewährung zu kommen und die Lebenshaltung der Tabakarbeiterschaft zu verbessern.

Es wird nun das Verhalten der Tabakarbeiter und ihrer drei Organisationen sein, die Zulagen, die bisher meistens 30-35 v. H. betragen, auf mindestens 60 v. H. zu bringen, soweit sie durch die Bewegung nicht bereits auf diesen Satz gebracht sind.

Sie täen nicht und ernten doch!

Dahwohl die deutsche Gewerkschaftsbewegung im letzten Jahr von einer erfreulichen Zunahme ihrer Mitglieder berichten konnte, gibt es leider noch viele hunderttausend Arbeiter und Arbeiterinnen, die sich ihrer Pflicht zum Beitritt ihrer Berufsorganisation entziehen. Die Mehrzahl unter ihnen wissen es wohl, wenn sie es zu verdanken haben, daß ihre Löhne und Teuerungszulagen mit den immer höher gestiegenen Lebensmittelpreisen eine ständige Erhöhung gefunden haben. Es ist ihnen bekannt, daß sie in den Genuss des erhöhten Verdienstes nur durch die rege und aufopferungsvolle Tätigkeit ihrer organisierten Berufsgenossen und deren Funktionäre gekommen sind. Gleichwohl scheuen jene der Organisation fernstehenden sich, auch ihrerseits die Pflichten eines wahren Menschen gegenüber ihren Berufs- und Klassen Genossen zu erfüllen. Daß sie in ihrer absichtlichen, nur aus egoistischen Motiven entsprungenen Trübsalberei Verrat an ihren Mitmenschen üben, daß sie durch ihr Abseitsbleiben den Kampf der Arbeiterklasse um bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen erschweren und seine Erfolge verlangsamten helfen, scheint jenen vielen, die nicht täen, aber doch gern ernten, nicht immer klar zum Bewußtsein zu kommen.

Am wie vieles könnte die Gewerkschaftsbewegung mächtiger sein, wenn sich alle die der Organisation Fernstehenden an ihre Pflichten erinnerten.

Und ahnen jene abseits stehenden, opferreichen Arbeiter und Arbeiterinnen nicht, daß nach dem Kriege die Gewerkschaftsbewegung auf Grund der dann eintretenden schwankenden Beschäftigungslage vor große, heute noch gar nicht zu überlebende Aufgaben gestellt werden kann?

Viele mögen vielleicht die Absicht haben, erst dann, wenn nach Beendigung des Krieges die Arbeitsbedingungen die ungünstigsten seien, der Organisation beizutreten.

Die so kalkulieren, sind schlechte Rechner. Will und soll die Gewerkschaftsbewegung der mannigfachen Schwierigkeiten, die sich aus dem späteren, langsamer Erholung bedürftigen Wirtschaftsleben ergeben, Herr werden, so bedarf diese schon heute der materiellen und ideellen Unterstützung aller Arbeiter und Arbeiterinnen. Nur dann können die einzelnen Berufsorganisationen ihren großen Aufgabenkreis erfüllen und — was die Hauptsache ist — ihre Berufsgenossen vor aller sich aus der Ungunst der Arbeitslage erwachsenden Unbill und des zu erwartenden Lohnrückfalls schützen und diejenigen, die gewisser-

maßen zu den absichtlich parasitären Genießern der organisatorischen Früchte gehören, mögen sich gesagt sein lassen, daß ihr Verhalten ebenso verwerflich wie verabscheuungswürdig ist. Wer in Ruhe und Gemächlichkeit Früchte genießt, die er aufstift seiner eigenen fremder Anstrengung verdankt, führt ein widerwärtiges Leben.

Wer die Früchte seiner organisierten, auf die ständige Verbesserung der Arbeitsbedingungen dringenden Berufstätigkeit erntet und bisher noch nichts zu ihrer Unterfütterung getan hat, der komme daher dieser Pflicht nach.

Im Interesse der Dahelingebliebenen wie der später wieder zu uns Zurückkehrenden laute die Parole für jeden einzelnen: **Sinein in die Gewerkschaftsorganisation!**

Zum Streik in den städtischen Betrieben Warschau.

Warschau, 15. Januar. Dem Streik der Arbeiter und Beamten der städtischen Betriebe hat sich auch das technische Personal der städtischen Theater angeschlossen. Eine Anzahl öffentliche Wohlfahrtsanstalten, wie Feuerwehrt und Wiltz, streiken nicht. Damen und Studenten haben sich auf Aufforderung des Stadtpräsidiums mit harnberzigen Schwestern zur Krankenpflege zur Verfügung gestellt. Die Ansprüche der Angestellten auf die Stadt erstrecken sich nach Mitteilung des Magistrats auf mehrere Millionen. Der stellvertretende Stadtpräsident Dr. Lewicki fordert zur Wiederaufnahme der Arbeit auf. Behördenkreise sind Maßnahmen vorgegeben, um den Gang der für die Bevölkerung wichtigsten städtischen Betriebe aufrechtzuerhalten.

Parteinachrichten.

Sozialistische Parteitage in Oesterreich.

In Laibach fand der dritte Kongress der südslawischen Sozialisten statt. Er beschäftigte sich im Anschluß an Referate der Genossen Petzjan und Duma (Triest) mit der Stellung der Partei zum österreichischen Staat. Die Beratungen gipfelten in einer Entschiedenheit, welche die russische Revolution als erste wirklich proletarische Revolution begrüßt, das Auseinanderfallen der Internationalen beklagt und ihre möglichst baldige Wiederaufrichtung fordert; für die österreichischen Völker wird die Vereinigung aller kroatischen, slowenischen und serbischen Gebiete zu einem innerhalb des österreichischen Staatenverbandes autonomen Staat mit weitgehendster Selbstverwaltung verlangt. Ein Sieg der Entente würde zu imperialistischen Einmischungen auf dem Balkan führen und die geistige, wirtschaftliche und kulturelle Entwicklung der südslawischen Gebiete bedeutend hemmen.

Der generalistische Flügel der tschechischen Sozialdemokratie, d. h. die keine tschechische Minderheit, die im Gegensatz zur tschechoslawischen Sozialdemokratie an der Einheitsorganisation des Proletariats in Oesterreich festhält, hielt in Brunn eine Reichskonferenz ab. Diese forderte Ausziehung der Parlamente zu den Friedensverhandlungen und Selbstbestimmungsrecht auch für das tschechische Volk, das nach seiner demokratischen Vergangenheit selbst am besten über seine Interessen entscheiden und die Loslösung von Teilen anderer Völker von ihrem Vorkommen vermeiden werde. Die tschechischen Arbeiter müßten aus dem Schicksal des Bürgerkriegs befreit und zum Kampf gegen den Nationalismus bereitgestellt werden. Die Konferenz sprach sich für Zimmerwald aus, will aber mit allen sozialistischen Richtungen in den besten Beziehungen bleiben. Einer etwaigen Wiedervereinigung mit der tschechoslawischen Sozialdemokratie steht sie sympathisch gegenüber, aber von Verschmelzung mit den chauvinistischen tschechischen Nationalsozialisten will sie nichts wissen.

Soziales.

Arbeitsfürsorgeamt und Sekretariat für jüdische Arbeiter.

Die aus dem Okkupationsgebiete nach Deutschland eingewanderten Arbeiter befinden sich hier in sehr unangenehmer Lage. Aufenthaltseinschränkungen, Rührtrauen und Vorurteil tragen gemeinsam dazu bei. Kommt dazu noch, daß der Eingewanderte der deutschen Sprache nicht mächtig ist, wie es vielfach ist, dann steigern sich leider die Unannehmlichkeiten häufig ins Ungemessene. Besonders haben die jüdischen Arbeiter darunter zu leiden. Um diesen hilfebedürftigen zu helfen, haben sich eine Reihe jüdischer Organisationen zur Gründung eines „Arbeitsfürsorgeamtes der jüdischen Organisationen Deutschlands“ zusammenschlossen, zu dessen Vorsitzenden Herr Dr. jur. Adolf Friedemann gewählt ist. Die Generalkommission der Gewerkschaften hat im Unternehmen mit dem neuen Arbeitsfürsorgeamt ein Sekretariat für jüdische Arbeiter errichtet.

Die Aufgabe des gegründeten Arbeitsfürsorgeamtes wird darin bestehen, die Interessen der zahlreichen gegenwärtig in Deutschland lebenden jüdischen Arbeiter aus den Okkupations nach jeder Richtung hin zu wahren; in den Arbeitskreis des Sekretariats wird insbesondere die Schlichtung von Streitigkeiten mit den Arbeitgebern und der Rechtschutz fallen.

Die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands selbst hat die Errichtung des Sekretariats folgendermaßen bekanntgegeben: Ein Sekretariat für jüdische Arbeiter.

Zur Wahrung der Interessen der aus dem Okkupationsgebiete nach Deutschland eingewanderten jüdischen Arbeiter ist in Berlin ein Sekretariat für jüdische Arbeiter ins Leben gerufen worden.

Die Aufgaben des Sekretariats sind: Aufnahme von Beschwerden und Gewährung von Rechtschutz, Auskünfte über Arbeitsvermittlung, Zuführung der jüdischen Arbeiter an die betreffenden Berufsorganisationen wie überhaupt jede Wahrnehmung ihrer Arbeitsangelegenheiten. Das Sekretariat wird vom Genossen Isaac Spornfeld geleitet. Die jüdischen Arbeiter können sich mit dem Sekretariat direkt oder durch Vermittlung der lokalen Arbeiterssekretariate in Verbindung setzen. Die Korrespondenz kann in deutscher, jiddischer oder polnischer Sprache erfolgen. Das Bureau des Sekretariats, welches seit dem 1. Januar 1918 seine Tätigkeit aufgenommen hat, ist der Generalkommission der Gewerkschaften angegliedert und befindet sich im Gewerkschaftshaus, Berlin SO 16, Engelkeufer 15 IV, wohin auch alle Zuschriften zu richten sind.

Die Geschäftsstelle des „Arbeitsfürsorgeamtes der jüdischen Organisationen Deutschlands“ befindet sich in Berlin W 8, Französischer Str. 40.

Welche Genossenschaft ist zuständig?

Der Schloffer Sch. war bei Umbauten in der Viktoriamühle, Schlofferstraße, beschäftigt gewesen. Hierbei verunglückte er am 21. September 1914. Die für die Folgen des Unfalls in Anspruch genommene Mälzerei-Versicherungsgenossenschaft wies den Anspruch des Verletzten zurück, weil der Unfall nicht beim Mälzereibetriebe, sondern bei einem Eigenbaubetriebe der Firma geschehen ist, mithin die Korporative Bauergemeinschaft zuständig sei. Auch die vorläufige Fürsorge für den Verletzten zu gewähren, wurde von der Versicherungsgenossenschaft mit der Begründung abgelehnt, daß entgeltliche Tätigkeiten des Unfalls nicht zurückgelassen seien. Damit kam die Genossenschaft um die Bestimmung des § 1785 der Reichsversicherungsordnung herum, welcher besagt, daß die zuerst angegangene Genossenschaft die Fürsorge zu übernehmen hat, sich aber mit dem anderen in Betracht kommenden Versicherungsträger auszusprechen kann. Wird dann von dem anderen angegangenen Versicherungsträger gleichfalls die Entschädigungspflicht verneint, so ist nach § 1786 a. a. O. die Sache dem Reichsversicherungsamt zu unterbreiten.

Das Oberversicherungsamt erhob Beweis und beurteilte die

Mälzerei-Versicherungsgenossenschaft zur Zahlung einer Rente, weil der Kläger bei einer Tätigkeit, die im Interesse des Mälzereibetriebes ausgeübt wurde, dem Unfall erlitt, entschädigungspflichtige Unfallfolgen erlitten. Die Mälzerei-Versicherungsgenossenschaft legte gegen diese Entscheidung Rekurs ein. Derselbe wurde jedoch vom Reichsversicherungsamt zurückgewiesen.

Aus der Begründung lassen wir des Allgemeininteresses wegen folgende Sätze folgen:

Bei den umfangreichen Arbeiten der Firma Viktoriamühle handelte es sich um Arbeiten, die nicht dem laufenden Mälzereibetriebe zugerechnet werden können, die aber in ihrer Gesamtheit versicherungspflichtig als solche Arbeiten anzusehen sind, die auf die Vorbereitung eines Unternehmens, auch die Neuherstellung des Mälzereibetriebes gerichtet waren. Vorrichtungen, die vor der Eröffnung eines Betriebes zu seiner Vorbereitung vorgenommen werden, unterliegen, wie das Reichsversicherungsamt wiederholt entschieden hat, der Versicherung bei dem Versicherungsträger, dem der Betrieb demnach angehört wird (zu vergleichen Handbuch der Unfallversicherung, 2. Auflage, Band I, Nummerung 24, Abs. 1 zu § 1 des Gewerbe-Unfallversicherungsgesetzes Seite 67). Es kommt daher nicht darauf an, ob der Kläger lediglich für die Zeit des Umbaus von der Viktoriamühle eingekauft war, wie die Beklagte behauptet, oder auch sonst als Schloffer für laufende Reparaturen im Mälzereibetriebe, wie die Arbeitgeberin des Klägers angegeben hat. Für die Folgen eines Unfalls vom 21. September 1914, der sich einige Wochen nach Wiederaufnahme des Mälzereibetriebes ereignete, haftet in jedem Fall die Beklagte.

Industrie und Handel.

Der englische Außenhandel.

Die gesamte Einfuhr Englands erreichte im letzten Jahre eine Höhe von 1 045 256 407 Pfund Sterling (21,3 Milliarden Mark) gegen 948 506 492 Pfund Sterling im Jahre 1916. Die gesamte Ausfuhr im Jahre 1917 betrug 1 045 256 407 Pfund Sterling (21,3 Milliarden Mark) gegen 948 506 492 Pfund Sterling im Jahre 1916. Wiederausgeführt wurden im Dezember Waren im Werte von 3 179 587 Pfund Sterling gegen 6 018 633 Pfund Sterling in der entsprechenden Vorjahresperiode. Die gesamte Wiederausfuhr im Jahre 1917 betrug 69 552 241 Pfund Sterling gegen 97 566 178 Pfund Sterling im Jahre 1916.

Die Zahlen sind wenig beweiskräftig, weil in einer Zeit ungewisser Preissteigerungen eine Wertsteigerung des Außenhandels über die doch allein wesentliche Menge der ein- und ausgeführten Güter gar nicht sagt. Trotz dieses Vorbehalts geht aus den Zahlen doch hervor, daß der englische Außenhandel recht stark ist, wobei allerdings dahingestellt sei, ob er den mächtig gestiegenen Kriegsanforderungen genügt.

Witterung und Feldbestellung.

Die Frankfurter Zeitung berichtet über den Einfluß des scheinreichen Winters auf die Feldbestellung: „Der Winter erweist sich im Durchschnitt strenger als die meisten des letzten Jahres. Das vorübergehende Tauwetter hat die Schneedecke der Felder zwar verringert, kaum irgendwo aber völlig dahinschwinden lassen und hat vor allem nirgends den Boden so erweicht, daß ein Pflügen in größerem Maßstabe auch dann nicht hätte stattfinden können, wenn nicht ein neuer Witterungsumschlag rasch wieder Schnee in großen Massen und tiefe Temperaturen gebracht hätte. Die Bestellung mit Wintergetreide ist, wie bereits mehrfach erwähnt, zwar etwa im vorgesehnen Umfang erfolgt; im Interesse der Verteilung mit Sommerfaat aber wäre es recht erwünscht, wenn noch eine oder einige längere Perioden milden Wetters den Winterrost unterdrücken und eine Weiterführung des Pflügens ermöglichten. Der scharfe Frost, dem übrigens nach der augenblicklichen Wetterlage neues Tauwetter zu folgen scheint, wird den ziemlich allgemeinen recht fröhlich in den Winter gekommenen Roggenstaaten nicht viel geschadet haben, dagegen ist es nicht unmöglich, daß hier und da spät in die Erde gekommener Weizen gelitten hat und ungesät werden muß; Arbeit darüber kann natürlich erst eine spätere Zeit schaffen. Für die Zufahren ist der Witterungscharakter der letzten Zeit nicht sehr günstig gewesen, da er die Landwege schwerer benutzbar gemacht hat. Bitterwintern kamen trotzdem besonders Weizen und Roggen in größeren Mengen heran. Die Zweifel, ob sich das Programm des R.-G.-K. realisiert ausführen und Ablieferung der Ernte bis 31. Januar tatsächlich wird durchzuführen lassen, sind angesichts der Witterungsgunst des Winters gewachsen.“

Die englische Farbstoffindustrie.

Neuer bringt eine sensationell aufgebaute Nachricht, wonach eine der englischen Textilindustrie angehörende Kommission 267 geheime deutsche Bestimmungen über die Verteilung von Farbstoffen aus der Schweiz nach England mitgebracht hat. Mit Hilfe des englischen Auswärtigen Amtes seien die geheimen Vorschriften sicher nach England geschafft worden; die Kommission wolle nicht ein Monopol gründen, sondern nur die Material der englischen Regierung anbieten, zwecks Verwendung in den englischen industriellen Betrieben.

Neuer will damit, wie das Volkswort ausführt, glauben machen, es wäre nun endgültig vorbei mit der Überlegenheit der deutschen Farbstoffindustrie. Er gibt damit zu, daß die in den vorangegangenen drei Kriegsjahren mit vielen finanziellen Opfern in England unternommenen Versuche der Begründung einer leistungsfähigen Farbstoffindustrie bis her einen Erfolg gehabt haben. Die englische Regierung hat sich darum nicht gekümmert, mit den Interessenten einen gemeinschaftlichen Diebstahl in Szene zu setzen und sich dessen nachher öffentlich noch öffentlich zu rühmen; aber auch diese Desperatopolitik wird kaum zum Erfolg führen, denn die deutsche Überlegenheit in der Farbstoffherstellung hängt nicht von bestimmten geheimen Rezepten ab, die man nur zu stehen braucht, um dann ebenso gute Farben herzustellen. Wer die Entwicklung der deutschen Farbstoffindustrie kennt, der weiß, daß sie ihre gegenwärtige Bedeutung nur erlangt hat auf Grund jahrelanger mühsamer Arbeit, die in den verschiedensten Anlagen im Zusammenwirken zwischen Wissenschaft und Industrie stattgefunden haben.

Das Wirtschaftsabkommen der Entente mit Argentinien.

Der Präsident verlor im argentinischen Kongress eine Volkskraft bezüglich des mit den Gesandten Englands und Frankreichs getroffenen Abkommens und gab bekannt, daß sich Italien diesem Abkommen angeschlossen habe, ferner das Frankreich und England sich verpflichtet hätten, vor dem 1. November 1918 2 1/2 Mill. Tonnen Getreide und andere Lebensmittel zu kaufen. Der Präsident fügte hinzu, daß die Vereinigten Staaten zugestimmt haben, die Ausfuhr der für Argentinien notwendigen Kohlen zu gestatten. Ein Gesetzentwurf verlangt vom Parlament die Ermächtigung zur Eröffnung eines Kredits von 200 Millionen Pfster an die Regierungen Frankreichs und Englands, womit die Getreidelieferungen ohne zu große Valutaliquidationen bezahlt werden sollen. Die französische und die englische Regierung werden bei den argentinischen Gesandtschaften in Paris und London Wertpapiere in gleicher Höhe dieses Kredits hinterlegen, was so viel bedeutet, als daß die führenden Ententeaktionen, zugleich ehemals die ersten Geldmächte, selbst in dem Schuldnerland Argentinien keinen Planfaktredit mehr genießen.

Beamtentitel für Berlin: Erich Kauter, Berlin; für den Reichstag: Paul Schmitt, Reichstag; für die Entente: Paul Schmitt, Reichstag; für die Reichsregierung: Paul Schmitt, Reichstag; für die Reichsregierung: Paul Schmitt, Reichstag.

Hierzu 1. Beilage und Unterhaltungsblatt.

Abgeordnetenhaus.

Die Einbringung des Etats.

Der Staatshaushaltsetat, den der Finanzminister am Mittwoch im preussischen Abgeordnetenhaus einbrachte, ist auf 6 Milliarden angeschwollen, er übertrifft also in Einnahme und Ausgabe die Etats aller früheren Jahre, auch die der Friedenszeiten.

Im großen ganzen lehnt sich der Etat in seinem äußeren Aufbau eng an seine Vorgänger an, er enthält wiederum alle diejenigen Positionen, die wir grundsätzlich von jeher bekämpft haben und auch in Zukunft bekämpfen werden.

In der verstärkten Staatshaushaltskommission, der der Etat nach Erledigung der am Sonnabend beginnenden ersten Lesung überwiesen wird, wird es über wichtige grundsätzliche Fragen zu lebhaften Auseinandersetzungen kommen.

Nach der Rede des Finanzministers erledigte das Haus in zweiter Lesung den Gesetzentwurf über die Vereinfachung der Verwaltung, um sodann die gestern abgebrochene Beratung über das Frauenstimmrecht zu beenden.

110. Sitzung, Mittwoch, 16. Januar, mittags 12 Uhr. Am Ministertisch: v. Treitschke, Dr. Sydow, Hergt.

Finanzminister Hergt

Bringt den neuen Etat ein. Unser Hauptbuch enthält zwar einige Stellen, von denen wir wünschen, daß sie besser abgegrenzt hätten, aber das Bemühen neugewonnener Festigung macht sich doch allgemein geltend.

das Friedensangebot wesentlich anders lauten

als das, welches sie jetzt in lächerlicher Ueberhebung abgelehnt haben. (Bravo!) Die Neutralen haben eine gute Witterung dafür, wohin sich die Waagschale neigt; das beweist das kräftige Anstreben unserer Valuta.

doch zuviel zugemutet

haben. (Hört! Hört!) Die erhöhten Einnahmen aus dem Grundstückssteuern beweisen, daß der Besitzwechsel der Grundstücke auffallend zunimmt.

gaben, aber auch mit technischen Änderungen, z. B. der Einarbeitung der Beamtenzulagen zusammen. Wir brauchen tüchtige Beamte und die Vorbereitung dazu ist eine Beförderungsregelung.

Hergt erheblicher Gelände

ermöglichen. (Beifall.) Es handelt sich um 578 Hektar, auf denen 98 000 Menschen angesiedelt werden können.

Bereinfachung der Verwaltung.

Abg. v. Bodelberg (l.): Es handelt sich darum, die Anstellungen zu vermindern und Beamte zu sparen.

Abg. Gaffel (Sp.): In der Beibehaltung der Verwaltungsklage gegen polizeiliche Verfügungen, die der Korrektor bedauerlich, sehen wir mit Genehmigung die Erhaltung eines bestehenden Rechtsschutzes.

Minister des Innern Dr. Dierow erklärt seine Zustimmung zu den Ausschlußbeschlüssen.

Nach weiterer kurzer Debatte wird die Vorlage in zweiter und dritter Lesung angenommen.

Hierauf wird die Debatte über die Anträge zur Frauenfrage fortgesetzt.

Abg. Heins (l.) lehnt das Frauenstimmrecht ab und polemisiert gegen den Abg. Strödel.

Ein Schlußantrag wird angenommen.

Unter Ablehnung aller anderen Anträge wird der Antrag der Kommission, die Frauen zu gewissen sozialen Ausschüssen der Gemeindeverwaltung zuzulassen, angenommen.

Nächste Sitzung: Sonnabend 11 Uhr. (Erste Lesung des Etats.)

Schluß 4 1/2 Uhr.

Der preussische Etat.

Der vom Finanzminister Dr. Hergt dem preussischen Abgeordnetenhaus vorgelegte Staatshaushaltsplan für das Rechnungsjahr 1918 schließt in Einnahme und Ausgabe mit 6 548 609 278 M. ab.

In der Annahme, daß der Krieg am 1. April 1918 noch fort-dauert, sind die durch das Gesetz vom 8. Juli 1916 bewilligten Zuschläge zur Einkommensteuer und zur Ergänzungssteuer mitveranschlagt, gleichzeitig aber auf Grund des § 3 dieses Gesetzes von dem Gesamtaufkommen an Einkommensteuer und an Ergänzungssteuer 100 000 000 M. zur Deckung der Fehlbeträge des Rechnungsjahres 1914 und der nächstfolgenden Rechnungsjahre abgesetzt worden.

Ohne Berücksichtigung der Ab- und Aufhebung von 100 000 000 Mark stellen sich für das Rechnungsjahr 1918:

Table with 2 columns: Description of income and expenses, and Amount in Marks. Includes rows for ordinary income, extraordinary income, and total surplus/deficit.

Bei den Steuern und den staatlichen Betriebsverwaltungen ergibt sich ein Mehrüberschuß von 94 597 146 M., der sich aus 247 947 467 M. Mehrüberschüssen und aus 153 350 321 M. Minderüberschüssen zusammensetzt.

An der Spitze der Verwaltungen, die einen Mehrüberschuß erwarten lassen, steht die Verwaltung der direkten Steuern mit einem Mehrüberschuß von 184 718 100 M.

Die Verwaltung der Zölle und indirekten Steuern läßt einen Mehrüberschuß von 17 834 905 M. erwarten.

Bei der Seehandlung wird ein Mehrertrag von 12 540 500 M. erhofft. Bei der Domänenverwaltung ist ein Mehrüberschuß von 2 835 300 M. veranschlagt.

An den Minderüberschüssen ist die Eisenbahnverwaltung mit 159 422 883 M. beteiligt.

Die Bergverwaltung weist einen Minderüberschuß von 2 203 286 M. auf.

Die Dotationen und die allgemeine Finanzverwaltung erfordern einen Mehrbedarf von 23 458 609 M.

Bei den eigentlichen Staatsverwaltungen ergibt sich ein Mehrbedarf von 168 068 477 M., der sich aus Mehrzuschüssen von 176 048 376 M. und Minderzuschüssen von 8 879 899 M. zusammensetzt.

Das Finanzministerium erfordert einen Mehrbedarf von 133 570 568 M., der sich aus der Einstellung der Kriegsbefehligen und Kriegsteuerzuschüssen für Beamte usw. erklärt.

Staatskommissars für Volksernährung erforderlich geworden sind; sie belaufen sich auf 488 000 M. für die Gesteuerverwaltung ist ein höherer Zuschuß von 308 383 M. erforderlich.

Zu den Verwaltungen, die einen Minderzuschuß aufweisen, gehört das Ministerium des Innern. Der Minderbedarf von 5 005 982 M. ist aber nur ein scheinbarer, weil hervorgerufen durch Uebertragung der Strafanstalten und Gefängnisse auf die Justizverwaltung.

Groß-Berlin

Diktatur Dingsda.

In Dingsda war ein Statverein, der ließ sonst fünf Grabsteine und baute nie 'ne Zide von wegen Politike.

Da war der Amtsblattredakteur Theoderich (was willst du mehr?), der zweite, Kulpe heißt er, war hierorts Schlächtermeister.

Der dritte aber von dem Stich, das war der Ortsgemeinderich. Der sprach mit lautem Besen als er sein Blatt gelesen:

„Den Reichstagsfrühen in Berlin im — ich bin ihnen gar nicht grün!“ — Daß ich es kurz bespreche: Man baute 'ne Depeche.

Die ging an Herrn von Soundso. Iwar ehrerbietig — doch oh! Derselbe funkte wieder an die erzürnten Brüder.

Der Stammtisch, Kieglerrührt und stramm, hing auf das hohe Telegramm in schwarz-weiß-rothem Rahmen (mit Goldverzierung) Amen.

Paulchen

Berlin im Schneeschmuck.

Nachdem vor kurzem der Berliner Magistrat den Ehrenschiffern seinen Dank für ihre seiner Meinung nach noch immer „unbezahlbaren“ Leistungen ausgesprochen hatte, stellt jetzt das Oberkommando „mit freudiger Anerkennung“ fest, daß es bei der bewährten Tapferkeit der gesamten Bürgerwehr Groß-Berlins gelungen ist, binnen weniger Stunden des ungewöhnlich großen Schneefalles der letzten Tage Herr zu werden.

Leider ist die Berliner Bürgerwehr nicht in der Lage, ihrerseits den beiden Behörden irgendeinen Dank oder freundige Anerkennung zu gönnen. Das Oberkommando hat der städtischen Straßenreinigung so wenige Soldaten und Kriegsgefangene zur Verfügung gestellt, daß man genötigt ist, mit der sogenannten „kleinen Schneehilfe“ zu arbeiten. Die Berliner Stadtverwaltung aber bietet den weiblichen Arbeitskräften, die ihr der städtische Arbeitsnachweis vermittelt, einen Stundenlohn von 75 Pfennigen — die Berliner Einwohner, die diese Frauen und Mädchen als Stellvertreterinnen beim Schippen mieten wollten, sollten 1 M. pro Stunde zahlen — und wundern sich dann, wenn sich nicht mehr als 60—70 Personen melden und auch diese die anstrengende und miserabel belohnte Arbeit nach kurzer Zeit niederlegen. Seltener eigenen Schipperpflichten aber kommt die kommunale Obrigkeit in durchaus ungenügender Weise nach.

Der Berliner Verkehr stützt an allen Ecken und Enden, das Passieren der Straßenübergänge ist fast zur Unmöglichkeit geworden, den Einwohnern fahlen die Kriegsbohlen unter den Füßen, Maschinen-erkrankungen aller Art müssen die Folge sein, und ein Ende der Misere ist noch nicht abzusehen. Dämmert den verantwortlichen Stellen noch immer nicht die Erkenntnis, daß die von den Sozialdemokraten vorgeschlagene Maßnahme, der deutschen Reichshauptstadt eine genügende Anzahl Kriegsgefangener für diesen Winter zur Verfügung zu stellen, die einzige Möglichkeit bot, die jetzigen ungeheuerlichen Zustände zu vermeiden?

Abgabe von städtischem Brennholz.

Der Magistrat Berlin teilt mit: „Für den Verkauf und die Verteilung der vom Magistrat Berlin beschafften großen Mengen Brennholz ist die Berliner Brennholzfeschaffungs-gesellschaft m. b. H. gegründet worden, deren gesamte Anteile sich im Besitz des Magistrats Berlin befinden. Das Holz soll zunächst durch Vermittlung von Kleinhändlern an die Verbraucher abgegeben werden. Es darf nur nach Maß verkauft werden, unter Benützung eines dem Händler vorgeschriebenen Maßinstrumentes in einer Ausmessung von 1/30 Raummeter. Der Verkaufspreis hierfür, dessen Ueberaussetzung strafbar ist, ist auf 3 M. ab Lager des Händlers festgesetzt, bei Lieferung ins Haus darf ein Transportkostenzuschlag von 20 Pf. je 1/30 Raummeter erhoben werden. Bei Abnahme ganzer Meter Holz in Aben oder in zerstücktem Zustand dürfen die vom Verbands der Berliner Kohlenhändler veröffentlichten und für die Zeit vom 8. Januar ab geltenden Verkaufspreise, die von der Preisprüfungsstelle genehmigt sind, nicht überschritten werden. Die Geschäfte der Händler, in welchen dieses Holz zu den angegebenen Bedingungen verkauft wird, werden durch entsprechende Schilder für das Publikum kenntlich gemacht werden. Es ist beabsichtigt, eine größere Anzahl derartiger Verkaufsstellen über ganz Berlin verteilt, einzurichten. Nähere Auskunft über Holzverkauf und Holzverkaufsstellen erteilt die Berliner Brennholzfeschaffungs-gesellschaft m. b. H., Berlin, Friedrichstr. 150.

Der Verkauf des Holzes darf zunächst an jedermann ohne besonderen Ausweis erfolgen, doch behält sich der Magistrat Berlin vor, eine Änderung dahingehend zu treffen, daß die Abgabe, sobald sich die Notwendigkeit dafür herausgestellt sollte, auf eine besondere vom Magistrat herauszugebende Holzkarte erfolgt.

Ob für die Zwecke des Verkaufs und der Verteilung von städtischem Brennholz die Gründung einer G. m. b. H. unbedingt notwendig war, entzieht sich unserer Beurteilung. Die Erfahrungen, die man mit ähnlichen Organisationen des Großhandels bisher gemacht hat, nötigen uns allerdings, der Tätigkeit dieser Brennholzfeschaffungs-gesellschaft mit einiger Skepsis entgegenzusehen. Auf

absolut sicheren Grundlagen fußt aber unser Urteil über den projektierten Verkaufsmodus. Die Einführung einer Holzliste und einer Kundenliste für den Holzverkauf ist eine zweifelhafte Notwendigkeit, wenn man verhindern will, daß ähnliche Zustände, wie sie beim Kohlenverkauf leider noch immer bestehen, auch beim Verkauf des städtischen Brennholzes Platz greifen. Wir verstehen schließlich nicht, welche Erfahrungen der Magistrat in dieser Hinsicht erst noch sammeln will.

Die Störungen in der Fleischversorgung Groß-Berlins.

In der vergangenen Woche ist wieder von verschiedenen Seiten über mangelhafte Fleischlieferung Klage geführt worden. So soll in einzelnen Bezirken sogar nur die Hälfte der auf die Fleischkarte entfallenden Menge, und zwar ohne Rücksicht auf Nachlieferung ausgegeben worden sein. Der Berliner Magistrat ist — wie bei gleichem Anlaß vor einigen Wochen — auch diesmal wieder in der Lage, auf Grund authentischer Zahlenmaterials nachweisen zu können, daß von einer nicht ausreichenden Belieferung seitens der Viehhändlerverbände oder von einer ungenügenden Zuteilung an die einzelnen Gemeinden und Kreise seitens der Viehbesitzungsstellen Groß-Berlin auf dem Berliner Zentralviehhof nicht die Rede sein kann. Tatsache ist allerdings, daß sich infolge der Schneeverwehungen auf den Eisenbahnen die Zufuhr eines Teiles des erforderlichen Schlachtwiehs, von dem am Montag, den 7. Januar, etwa zwei Drittel bereits zur Stelle waren, bis zum Freitag hingog, so daß die Verteilung nicht so früh wie sonst erfolgen konnte. Am Freitag früh waren aber ebenso wie Berlin auch alle Nachbargemeinden und Kreise voll beliefert. In Berlin selbst konnten einigen zur Schlachtgruppe IV gehörenden Schlachtern im Nordosten der Stadt die ihnen aus der Freitagverteilung nicht zugewiesenen Restmengen ihres Wochenbedarfs nicht mehr rechtzeitig in ihre Läden gebracht werden, da der Kaufherr, der den Mitgliedern dieser Gruppe das Fleisch zuführt, am Sonnabend die Arbeit niederlegte. Die Restmengen sind aber am Montag dieser Woche den Kunden nachgeliefert worden.

Am nächsten sind an die Nachbarstädte und Kreise ausgegeben worden: an Charlottenburg 154 772 Pfund (statt 142 831 Pfund, die es nach seiner Verdünnungsziffer nur zu erhalten hätte), an Schöneberg 83 710 Pfund (statt 77 238 Pfund), an Wilmersdorf 64 677 Pfund (statt 59 730 Pfund), an Neukölln 117 765 Pfund (statt 113 333 Pfund), an Lichtenberg 73 788 Pfund (statt 68 977 Pfund), an den Kreis Teltow 248 856 Pfund (statt 229 452 Pfund) und an den Kreis Niederbarnim 196 043 Pfund (statt 180 801 Pfund). Bei den beiden Kreisen sind in diesen Zahlen diejenigen Mengen, die sie selbst aufzubringen haben, miteingerechnet. Aus dem Umstand, daß allen Gemeinden und Kreisen hiernach mehr Fleisch zugewiesen worden ist als ihr Wochenbedarf ausmacht, darf andererseits, wie der Magistrat mitteilt, nicht etwa der Schluß gezogen werden, daß irgendwo Fleisch verkommenet worden sei. Das Mehr, das sich daraus erklärt, daß das Schlachtergebnis besser als angenommen war, wird vielmehr den Gemeinden und Kreisen bei der nächsten Wochenverteilung angerechnet. In dieser Weise wird regelmäßig verfahren.

Warnung vor falscher Kartenabgabe.

In der letzten Zeit sind wiederholt Personen wegen Erfaß ihrer Nahrungsmittelkarten vorbestraft worden mit der Begründung, es wären von Unbekannten, die behaupteten, Angestellte der Brotkommission zu sein, Brot- und andere Karten unter verschiedenen Vorwänden abgeholt worden. Der Magistrat bemerkt hierzu, daß Nahrungsmittelkarten zum Umtausch von Angestellten der Brotkommission nicht abgeholt werden. Sollte ein Umtausch oder andere Feststellungen erforderlich sein, so erfolgen diese durch den Hauseigentümer oder Verwalter oder im Geschäftszimmer der Brotkommission auf Grund einer schriftlichen Aufforderung. Erfaß für aber abgeschwindelte Karten kann nicht geleistet werden.

Heute noch Kartoffeleintragung.

Der Magistrat Berlin weist eindringlichst darauf hin, daß heute der letzte Tag zur Eintragung in die Kundenliste für Kartoffeln ist und daß jede Veräumlichung der Eintragungsfrist, selbst wenn die Racheintragung auf schriftlichen Antrag bewilligt werden sollte, eine Belieferung mit Kartoffeln erst mehrere Wochen nach dem Inkrafttreten der neuen Kundenliste zur Folge haben muß. Es liegt daher im dringlichsten Interesse jedes Einzelnen, rechtzeitig die Anmeldung zur Kundenliste zu bewirken.

Frieden, Brot und gleiches Recht.

Ueber dieses Thema sprach Genosse Otto Braun in einer Wahlrechtsversammlung, die vom ersten und dritten Berliner Reichstagswahlkreise am Dienstag im Wilkes Saal veranstaltet wurde. Der Redner gab der Hoffnung Ausdruck, daß die bei den Friedensverhandlungen in Brüssel-Tilnowski entstandenen Schwierigkeiten überwunden werden mögen, damit wir zunächst einen dauernden Frieden mit Rußland bekommen, dem — das wünschen alle Friedensfreunde, besonders die deutsche Sozialdemokratie — ein allgemeiner Frieden folgen möge, der nicht auf Gewalt, sondern auf Verständigung beruht. Der Frieden, den wir wollen, ist nicht — wie die Alldeutschen

fälschlich sagen — ein Hungerfrieden. Wir wollen, daß der Hungerkrieg nicht länger fortgesetzt wird, als es zur Verteidigung Deutschlands notwendig ist. Daß dieser Krieg für uns ein Hungerkrieg geworden ist, das liegt nicht nur an den von England veranlaßten Abperrungsmassnahmen, sondern auch daran, daß wir von deutschen Lebensmittelherzeugern ausgewuchert werden. Die falsche Ernährungspolitik der Regierung, aufgebaut auf dem Anreiz des Erwerbssinnes der Erzeuger, die Halbheit der zur Durchführung der Versorgungsmaßnahmen getroffenen Maßnahmen, geben dem Schleichhandel und dem Wucher den weitesten Spielraum. Einen unheilvollen Einfluß auf die Ernährungspolitik des Reiches übt das preussische Abgeordnetenhaus aus. Die preussische Junkerklasse, die ja den Vorstoß von der verfehlten Ernährungspolitik hat, kann sich auf das Abgeordnetenhaus verlassen. Soll das Abgeordnetenhaus eine Volksvertretung werden, dann muß es, wie wir fordern, auf dem allgemeinen, gleichen Wahlrecht beruhen. Wenn es der Regierung ernst ist, das durch ein Königswort versprochene gleiche Wahlrecht einzuführen, dann gibt es Mittel und Wege, um den Widerstand der Wahlrechtsgegner im Abgeordnetenhaus zu brechen. Sie könnten den Reichstag anrufen oder das durch Verordnung eingeführte Dreiklassenwahlrecht durch eine Verordnung wieder beseitigen. Das Anrecht des gegenwärtigen Wahlrechts, dies Bollwerk der Reaktion, muß fallen, koste es, was es wolle. Ein starker Druck von außen ist nötig, um die Regierung und die bürgerlichen Parteien zur schleunigen Durchführung der Wahlreform zu bewegen. Alle Freunde des gleichen Wahlrechts müssen mobil gemacht werden, um der Freiheit in Preußen eine Bahn zu brechen.

Durch lebhaften Beifall gab die Versammlung ihrer Uebereinstimmung mit dem Referenten Ausdruck.

Keine Hausfuchung beim Neuköllner Magistrat! Die vom „Total-Anzeiger“ gebrachte Meldung von einer Hausfuchung in den Räumen des Neuköllner Magistrats stellt sich als in allen Teilen unrichtig heraus.

Gummisohlen, -Abfälle usw. Die Erbschöhlen-Gesellschaft erläßt eine Bekanntmachung, wonach die Herstellung von Sohlen, Abfällen, Geden und Fereneinlagen, die unter Benutzung von Pressformen aus Gummi, Algummi oder Gummiregeneraten hergestellt sind, verboten ist. Die allgemeine Zustimmung zur Herstellung von Gummisohlenplatten wird bis auf Widerruf mit folgender Maßgabe erteilt: a. Gummisohlenplatten dürfen nur noch in einer Stärke von 3 1/2 bis 4 Millimeter, und zwar in zwei Ausführungen, hergestellt werden: 1. Platten mit Gewebeeinlagen (entweder eine Unterlage und eine Einlage oder mindestens zwei Einlagen), 2. Platten ohne jede Einlage, Umlage oder Unterlage. b. Die Platten sind aus erprobten Mischungen herzustellen, die für eine genügende Tragdauer Gewähr leisten. — Gummisohlenplatten und Gummisohlen dürfen nur zu Ausbesserungszwecken, nicht jedoch zur Herstellung neuer Schuhwaren verwendet werden.

Neukölln. Fleischverkauf. Die Fleischverkaufsstellen sind in dieser Woche außer am Mittwoch und Sonnabend auch heute und Montag, den 21., zum Fleischbezug für die laufende Woche geöffnet. Näheres enthält die heutige Bekanntmachung des Magistrats.

Teuerungszulagen und Kriegsheilissen. Die Kriegsnofstandskommission hat in ihrer letzten Sitzung beschlossen, an die städtischen Beamten neben der laufenden Kriegsteuerungszulage — entsprechend den für Staatsbeamte geltenden Bestimmungen — auch eine einmalige Teuerungszulage von 200 M. für Verheiratete und 150 M. für Unverheiratete zu zahlen. Die Auszahlung der den Beamten zustehenden Beträge ist bereits erfolgt.

Cöpenick. Stadtverordnetenversammlung. In der letzten Sitzung machte der Vorsitzende Herr Lucht der Versammlung die Mitteilung, daß der Erste Bürgermeister Dr. Langerhans schwer erkrankt sei, jedoch auf dem Wege der Besserung sich befinde. Es folgte hierauf die Wahl des Vorstandes, der durch Jura in seiner bisherigen Zusammenfassung wiedergewählt wurde, nur daß als Vertreter unteres seit 1914 sich im Felde befindlichen Genossen Galle Genosse Blum als Schriftführer gewählt wurde. Hierauf erfolgten die Wahlen zu den Kommissionen. Aus der sonstigen Tagesordnung ist noch hervorzuheben, daß der Rat der Zeit entsprechend beschlossen wurde, die Amortisation einiger Anleihen für das Jahr 1918 auszulagern. Bisher wurde an den gewerblichen Fortbildungsschulen ein Schulgeld nicht erhoben. Durch Verfügung der Regierung wurde dieser Beschluß aufgehoben und soll vierteljährlich 1 M. erhoben werden. Das Michaelische Armenlegat wurde an drei Familien verteilt.

Erhebliche Einschränkung der Gaslieferung. Infolge außerordentlich geringer Zufuhr an Kohlen hat die Gasanstalt ihren Betrieb sehr erheblich einschränken müssen. Es hat sich daher die Notwendigkeit ergeben, die Gaslieferung an die Abnehmer bedeutend einzuschränken. Bis auf weiteres wird daher die Gasabgabe für die Zeit von 2—4 Uhr nachmittags und von 1—3 Uhr nachts vollständig gesperrt.

Spandau. Lebensmittel. Tierabschnitt 9 der Lebensmittelkarte der 39. Ausgabe behält bis auf weiteres seine Gültigkeit.

Reinickendorf. Lebensmittel. Anspruch auf eine Lebensmittelkarte für Jugendliche haben alle diejenigen Personen, die zwischen dem 1. Januar 1901 und dem 31. Dezember 1910 geboren sind. Kinder, die erst nach dem 31. Dezember 1910 geboren sind, erhalten ebenfalls eine Lebensmittelkarte für Jugendliche, sobald sie das siebente Lebensjahr vollendet haben und der Nachweis hiervon durch Vorlegung von Urkunden (Geburtschein, Taufzeugnis oder ähnliche Urkunden) geführt wird. Jugendliche, die während der Geltungsdauer der Karte das 17. Lebensjahr vollenden, daher eigentlich nicht mehr bezugsberechtigt wären, sollen trotzdem die Karte bis zum Ablauf der Kartenperiode behalten.

Der Verkauf der Graupen durch die Händler findet vom 21. Januar an statt.

Weißensee. Neue Kundenlisten für den Kartoffelbezug. Die für den Kartoffelbezug aufgestellten Kundenlisten verlieren mit Ablauf des 20. Januar ihre Gültigkeit. Vom 21. Januar ab gelten die neuen Kundenlisten. Die Kartoffeleinbändler sind verpflichtet, zur Eintragung in das Kundenverzeichnis ihre Geschäftsräume bis zum 19. Januar von 8 Uhr vormittags bis 8 Uhr nachmittags und am 20. Januar von 8—10 Uhr vormittags offen zu halten. Die für den Winter mit Kartoffeln versorgten Personen dürfen sich nicht zur neuen Kundenliste anmelden.

Friedrichshelde. Holzverkauf. Die Gemeinde will jetzt die Bestände an liefern Knüppelholz abgeben. Es handelt sich um Holz, das im Sommer geschlagen und im Herbst angefahren wurde, also gut ausgetrocknet ist. Die Preise sind wie folgt festgesetzt: Für 1 Meter 42 M., für 1/2 Meter 21 M. Kleinere Sorten werden nach Gewicht, per Zentner mit 4,75 M. abgegeben. Die Bezahlung findet wieder wie bisher im Einwohnermeldeamt, Dönhofsstr. 31, während der Dienststunden statt. Die Abgabe des Holzes erfolgt werktäglich von 10—12 Uhr vormittags und 2—5 Uhr nachmittags auf dem Hofe der 8. Volksschule in der Auguste-Victoria-Straße.

Nowawes. Lebensmittel. Auf Abschnitt 62 der Lebensmittelkarte findet die Ausgabe von Hülsenfrüchten statt. Die Karteninhaber müssen noch heute den Abschnitt bei dem Kartenhändler abgeben, von dem sie die Ware zu beziehen wünschen.

Humanistische Gemeinde Berlin (G. B.). Am Sonntag, den 20. Januar, nachmittags 5 Uhr, findet in der Aula der Friedrich-Werderschen Oberrealschule, Niederkirchstr. 12, ein Vortrag des Herrn Dr. Rudolf Benzig über: „Staatsmoral und bürgerliche Moral“ statt. Vor und nach dem Vortrage Harmoniumspiel. Gäste, Damen und Herren, willkommen.

Briefkasten der Redaktion.

Reg. Spandau. Wir sind nicht imstande, die Angelegenheit zu untersuchen, und heben Ihre Mitteilung an unsere Reichstagsfraktion weiterzugeben. — **Taubitz.** 1. Nicht Sie, sondern der Vater des Kindes ist zur Ertragung der Kosten verpflichtet. 2. Das können wir nicht mit Bestimmtheit angeben, etwa 200 M. 3. Das richtet sich nach Ihrem Einkommen. Für die Frau wird etwa ein Drittel des Einkommens gerechnet. Für das Kind bis 50 M. monatlich. — **Angler 78.** 1. Ja, Ihre weitere Frage ist unverständlich. 2. Ja. — **M. 66.** Ja. — **S. 10.** Die Familie hat keinen Anspruch mehr auf Unterstützung. — **S. 10.** Darüber besteht keine Verfügung, die Steigerung kann dem Stüt nicht verweigert werden. Sie könnten das Renteinigungsamt zur Entscheidung anrufen. Das würde aber voraussichtlich in Ihrem Falle keinen Zweck haben. — **S. 2.** 1. Für Ihren Beruf als Maurer wäre noch das Abgelehrt zur Arbeitsstätte abzugeben und die Aufwendung für die Arbeitsleistung. 2. Einen bestimmten Betrag könnten Sie dafür überhaupt nicht in Abzug bringen. Sie könnten nur Verabredung um eine Stufe beantragen. — **S. 2.** 1. Der Offizierbesitzer ist natürlich der höhere Vorgesetzte. 2. Unmittelbar nach der Verleihung. — **Emma Duk.** Zur Zahlung können Sie natürlich nicht verpflichtet werden, wohl aber zum Schneefällen. — **Hilfer 13.** Die meisten das Urlaubsgeld mit der dienstlichen Begründung nochmal einreichen. Es besteht eben kein absoluter Anspruch auf Urlaub. — **S. 18.** Da Sie die Reparatur machen lassen, ohne an den Hauswirt vorher eine Aufforderung zu richten und ihm eine angemessene Frist zur Befreiung des Rangels zu stellen, müssen Sie die Kosten tragen. — **S. 77. Reinickendorf.** 1. Rein. 2. Beiträge aus der Invalidenversicherung werden bei Verheiratung nicht mehr zurückgezahlt. — Alles was recht ist. Lieber den für Sie als Soldat zulässigen inanspruchnahmen Beschwerdeweg lassen Sie sich von Vorgesetzten unterrichten, wir können ihn den nach Ihren Angaben nicht angeben. — **S. 2.** Ja. — **S. 3.** Nein. — **S. 27.** 1. Rein. 2. Rein, nur zwei Kinder. — **Rr. 100.** Für die Einquartierung erhält Ihre Frau eine Vergütung; sie soll sich an den Gemeindevorstand wenden. — **S. 93.** 1. Da die Ehe nach 1900 geschlossen und kein Testament vorhanden ist, erbt die Ehefrau 1/2, die Kinder 1/4, des Nachlasses. 2. Ja, in welcher Höhe können doch nicht sagen, das muß von dem Nachlassgericht festgestellt werden. 3. Ja. — **S. 6.** Die Mutter kann mit Recht ihren Anspruch auf das Kind geltend machen. Nachforderungen können Sie jetzt nicht stellen. — **S. 26.** Die Pensionierung vom Betrieb ist eine freiwillige und kann insoweit gestützt werden. — **S. 6.** 65. Die Rentenerhöhung ertrifft sich nicht auf die Altersrenten. Ihre Frau hat zu wenig Renten geleistet, um Anspruch auf Altersrente machen zu können. — **S. 2.** 2. Bei der Stelle, von der Sie jetzt die Röhmung beziehen.

Wetterausichten für das mittlere Norddeutschland bis Freitag mittag. Zeitweise heiter, aber sehr neblig, mit geringen Niederschlägen. Südwind, fortwährende Abkühlung.

Direktion Max Reinhardt. Deutsches Theater. 7 Uhr: Der lebende Leichnam. Kammerstücke. 7 Uhr, 2. Male: Die Koralle. Volkshöhne. Theater am Bülowplatz. Untergrund. Schönb. Tor. 8 Uhr: Fasching.

Dir. C. Meinhard — R. Bernauer. Theater 1/2 Königsgrätzerstr. 7 Uhr: Die Wildente. Komödienhaus. 7 1/2 Uhr: Die beiden Seehunde. Berliner Theater. 7 1/2 Uhr: Die tolle Komteß.

NATIONAL-THEATER. Cöpenicker Str. 68. 7 1/2 Uhr: „Die ist richtig!“ ... Sonnt. 3 1/2 Uhr: Studentenlieben.

Palast. Tägl. 7 1/2 Uhr. Sonnt. 3 1/2 u. 7 1/2 Uhr. W. Hartstein in seiner Posse: „Er oder Er“ und das übrige, vollständig neue Januar-Programm. Palast-Theater a. Zoo. Sonnabend 4 Uhr: Letzte Vorstellung. Max und Moritz. Kt. 0.75—3 Werth, Theaterk.

Theater für Donnerstag, 17. Januar. Central-Theater. Kommandantenstraße 57. 7 1/2 Uhr: Die Csardasfürstin. Deutsches Opernhaus. 7 Uhr: Der Zigeunerbaron. Friedrich-Wilhelmst. Theater. Kriegswohlfahrt - Vorstellung. Zum 700. Male: 7 1/2 Uhr: Das Dreimäderlhaus.

Komische Oper. 7 1/2 Uhr: Schwarzwaldmädel. Kleines Theater. 7 1/2 Uhr: Geldzauber. Lustspielhaus. 7 1/2 Uhr: Die blonden Mädels v. Lindenhof. Metropol-Theater. 7 1/2 Uhr: Die Rose von Stambul. Sonnt. 3 Uhr: Die Kaiserin.

Berliner Konzerthaus. Mauerstraße 52. Zimmerstraße 90/91. Heute: des Berliner Konzerthaus-Orchesters, 200 Mitglieder. Komponist Franz von Blon. Anfang 7 1/2 Uhr. Eintritt 30 Pf. Anfang 7 1/2 Uhr. Morgen den 18. er.: Großes Wohltätigkeitskonzert veranstaltet von einem Res.-Inf.-Reg. im Felde zum Gedenken der Hinterbliebenen von Gefallenen des Regiments.

Rose-Theater. 7 1/2 Uhr: Der Heiratstandidat. Walhalla-Theater. 7 1/2 Uhr: Am goldenen Horn.

Neues Operettenhaus. Schiffbd. 4a. Kassent. Nr. 261. 7 1/2 Uhr: Der Soldat der Marie. Residenz-Theater. 7 1/2 Uhr: Lili Grün. Schiller-Theater O. 7 1/2 Uhr: Pauline. Schiller-Th. Charl. 7 1/2 Uhr: Die selige Exzellenz. Thalia-Theater. 7 1/2 Uhr: Egon und seine Frauen. Theater am Nollendorfsplatz. 3 1/2 Uhr: Fra Diavolo. 7 Uhr: ...

Theater des Westens. 7 1/2 Uhr: Der verliebte Herzog mit Guido Thielscher.

WINTERGARTEN. Anita Berber. Trade Hesterberg. Kurt Fuss. Jan Paul. sowie der vollständig neue Januar-Spielplan.

Zirkus A. Schumann. Bahnhof Friedrichstraße. Anfang 7 1/2 Uhr. Zum 1. Male: dress. Kamele vorgef. v. d. Araber Mutay Sayd. Zum 1. Male: „Das lebende Echo“ Arnold Treisler d. urkom. Fangkünstler Sylvester. Orig.-Ausst. Pantomime. Mexiko.

Casino-Theater. Lohringstr. 37. Tägl. 7 1/2 u. 11 Uhr. Der neue affmeße Schlager. Hamsterfrühe. Berliner Woche in 3 Aufzügen. Vorher des neuen Januar-Program. Elliot, Barnow, Prinz, 2 Ewas. Sonnt. 4 Uhr: Die Friedenstaube.

URANIA. 8 Uhr: Der Siegeszug nach Venetien. 8 Uhr: Prof. W. Laas: Grundlagen aus Physik und Gesetzgebung.

Trianon-Theater. Georgenstr., Bhf. Friedrichstr. Tel.: Zentrum 4927 und 2391. 7 1/2 u. 8 Uhr. Der Lebensschüler. Komödie von Ludwig Falda. Ida Wüst, Erich Kaiser-Tita, v. Möllendorff, Mart. Kottner. Sg. 3/4, kl. Pr.: Hedda Gabler.

Reichshallen-Theater. Allabendlich 7 1/2, und Sonntag nachmittags 3 Uhr. Stettiner Sänger. „Mein Weib-nachtstraum“. Nachmittags ermäßigte Preise!

Admiralspalast. 7 1/2 Uhr: Deutsche Tänze von Schubert. Abrakadabra.

Apollo. Friedrichstr. 218. 7 1/2 u. 12 Attraktionen. Außerd. d. Stimmungsb. Seemannsleben. Theaterkasse ab 10 U. ununterbr. geöffnet.

Voigt-Theater. Sadstr. 55. Sadstr. 55. Täglich: Wohltäter der Menschheit. Kasseneröffn. 6 1/2 Uhr. Anfang 7 1/2 u. 11. Romt. 21.1. Benef. f. d. Erbbl. beim Der Piarer von Kirchfeld.

Zirkus Krone. Viktoria-Theater (früher Sanssouci) Kottbuser Str. 6. Hochbahn Kottbuser Tor. Tel. Moritzplatz 14814. Gut geheilt, Rauch, gost. 11 Tiger, 10 Elefanten, 10 Löwen. Pferde usw. u. alle Artisten. Tägl. 7 1/2 Uhr. Mittw. Sonnabend, Sonntag 3 1/2, und 7 1/2 Uhr. Nachm. halbe Preise für Kinder und Soldaten.

Blumensohn. unnatürl. Quirle des Geichts. Blutberberchen. Buschlein zc. beilegt am höchsten „Marubia“. Seit 25 Jahren m. wirksamsten Erfolgen erprobt. R. 3.50. Cts. Reigel, Berlin 43. Eisenbahnstr. 4.

Büsch. Tägl. 7 1/2, Stg. 3 1/2, u. 7 1/2 U. Neu Agoster Retiory Neu Kraft-Sport-Akt Todesstärk durch d. Zirkus. Marianne von Wehd, Schulleiterin a. ihr. Vollblut-Araber. Außerdem: Cliff Carran. d. schwankende Phänom. 2 Montaldeo, 2 Dubski usw. Zum Schluss: Mondfahrt. Stg. 3 1/2, ungekürzt: Mondfahrt.

Schwarzer Kater. Friedrichstr. 165. Ecke Behrenstraße. Claire Waldoff. Milda Breiten. Werner Goldmann. u. das hervorragende Januar-Programm.

Roßwurst, f. Leber-, Blut- und Brühwurst liefert täglich jedes Quantum 1350b. Bachtel. Eberswalde, Stettiner Str. 60. Elektrische Leitungsbährte. Sabel. Uren. Sabel. Mit - Woadit, Ringstraße 18, dort.

Der römische Friede.

Wirkt langer Frieden lähmend auf die Kultur?

Eine der seltsamsten Selbsttäuschungen, denen sich ein großer Teil vor allem der gebildeten Allgemeinheit hingibt, ist die Auffassung, daß der Krieg fördernd, Frieden hingegen lähmend auf die Kulturentwicklung wirke. So wird von altersher die Blüte der griechischen Kultur in Zusammenhang mit den Siegen der Perser-Kriege gebracht, während die Wahrheit unzweifelhaft die ist, daß die kräftige Entwicklung der materiellen Kultur, des Handels und der Seefahrt in Griechenland in der Zeit vor den Perserkriegen jenen einzigartigen Aufschwung auf den verschiedenen Gebieten des geistigen Lebens hervorbrachte. Andererseits ist es ein hoffnungsloser Versuch, eine Verbindung zwischen dem Untergang der Römerherrschaft und der langen Friedensperiode konstruieren zu wollen, die mit der Bezeichnung Pax Romana charakterisiert wird. Der „römische Friede“ ist ein Ideal, das in der neueren Zeit auch nicht annähernd je wieder hat verwirklicht werden können. Denn was bedeuten die kurzen Jahrzehnte, während deren die europäischen Kulturstaaten dann und wann den Janustempel verschlossen hielten, gegen die Friedensspanne von nahezu zwei und einem halben Jahrhundert, die das Kaiserreich des alten Rom einschloß, und die sich über die ganze damalige Kulturwelt erstreckte, von den Mittelmeergebieten von Rußland bis zum Rhein, von Portugal bis zum Hochlande des Iran? Rasende Bürgerkriege waren der Republik ins Grab gefolgt; auf Augustus' Sieg über Antonius im Jahre 31 v. Chr. aber trat ein Friede ein, der lediglich durch Grenzstreitigkeiten, die mit verhältnismäßig kleinen Truppenmassen geführt wurden, und am besten mit den modernen Kolonialkriegen gegen halbweiße Völkernationen zu vergleichen sind, unterbrochen wurde. Erst durch neue Bürgerkriege unter den Soldatenkaisern wurde ihm im 3. Jahrhundert nach Chr. ein Ende gesetzt.

Welche Bedeutung hatte nun dieser langdauernde Friede für die zivilisierte Menschheit jener Tage? Diese Frage wird in der dänischen Zeitung „Årven“ von dem bekannten Archäologen und Kunsthistoriker Frederik Poulsen aufgeworfen. Da ihre Behandlung, noch dazu seitens eines so hervorragenden Gelehrten, für jeden, der sich ja mit einer kulturellen Bewertung von Krieg und Frieden beschäftigt hat, von hohem Interesse ist, seien hier deren Hauptzüge wiedergegeben. Poulsen untersucht zuerst die materielle Entwicklung. Nicht ohne Grund, so schreibt er, preist eine Inschrift von Salinaros in Kleinasien Augustus als den Erlöser der ganzen Menschheit, dessen Vorlesung die Wünsche aller nicht nur erfüllt, sondern weit übertroffen habe. Denn im Frieden ruhen Land und Meer, die Städte blühen im Schutz guter Gesetze in Eintracht und Wohlstand, und es herrscht Ueberfluß an guten Gaben.“ Der Grieche Aristides schreibt in einer anderen Lobrede der römischen Welt Herrschaft: „Die Erde hat ihre alte Eintracht abgelegt und zeigt sich nun im Festkleid. Jetzt können Feldern und Römer reifen, wohin sie wollen, und ihr Besitztum mit sich führen, als gößen sie von einer Heimat in die andere. Die ganze Erde hat ihr verändert, überall hat ihr Erbkiden über die Flüsse geschlagen, Fahrwege durch die Berge gebauen, die Wüste bevölkert und alle mit Disziplin und Ordnung bereckelt. Ihr habt die Völker miteinander vermählt und eine Familie aus ihnen gemacht.“ Koch jetzt zeugen die alten römischen Landstrassen, Brücken und Wasserleitungen von der hohen materiellen Kultur jener Zeit, von dem gesunden Unternehmungsgesist, in dem die menschliche Kraft sich zum Ausdruck brachte, als sie sich vom Kriege frei gemacht hatte. Aus der antiken Literatur erfahren wir, daß ein Reisender mittels der staatlichen Postverbindungen gut und gern eine Meile in der Stunde zurücklegte. Hervorragend waren vor allem Größe und Leistungsfähigkeit der Last- und Transportschiffe. Man hat berechnet, daß das ägyptische Getreidefahrzeug Isis, das Auktion beschreibt, eine Tragkraft von 1575 Tonnen hatte; noch gewaltiger war das Schiff, das unter Kaiser Augustus mit dem ägyptischen Obelisken, der jetzt auf der römischen Piazza del Popolo steht, in Ostia einlief; es hatte nebenbei noch Platz für 1200 Passagiere und eine größere Ladung Papier, Pfeffer, Wein und Weizen. Erst in der neuesten Zeit sind jene Maße übertroffen worden. Noch in den vierziger Jahren des vorigen Jahrhunderts waren 2000-Tonnen-Schiffe Wunder der Technik, und erst um 1850 nimmt die moderne Entwicklung ihren Anfang, die zu den 30 000 Tonnen-Dampfern geführt hat.

Sieht man von der materiellen Entwicklung ab, für die die Vorteile des Friedens somit unverkennbar waren, so hat die römische Kultur auch auf geistigem Gebiete ihre edelste Frucht hervorgebracht: das römische Recht. Was Dichtung und bildende Kunst betrifft, so fanden die Römer zwar nicht an der Spitze, doch fallen auch das goldene wie das silberne Zeitalter der römischen Literatur ebenso wie die Blüte der ausgezeichneten römischen

Bildniskunst unter die lange Friedensperiode. Aber, so wird man einwenden, entarteten nicht literarische und künstlerische Kultur gegen Ende der Friedenszeit, ein Zeugnis dafür, daß die geistige Spannkraft in dem Grade nachließ, wie Generation auf Generation sich den Wohltaten des Friedens hingab? Und ist dies nicht ein Beweis für den Wert des Krieges als geistiger Erneuerer? Wäre diese Betrachtungsweise richtig, so müßten die großen Kriege des 3. Jahrhunderts, während deren der römische Soldatenstand zu neuem Leben erwachte und die gesunde und unterbrachte Bevölkerung der römischen Provinzen Teil an der Macht und dem Reichtum des Staates gewann, die geistige Kultur zu neuem Aufschwung gebracht haben. Dies war jedoch nicht im entferntesten der Fall. Der kriegerische Geist hatte im Frieden keinen Abbruch erlitten, große Feldherren und tapfere Truppen harrten der Zeit, die ihrer bedurfte. Es geht daraus hervor, daß Mut und Tapferkeit auch während jahrhundertlangem Frieden nicht erlöschten. Geistige Kultur aber hat nichts mit Krieg und Sieg zu schaffen: das römische Volk wurde auch durch seine Siege kein schaffendes Kunstvolk und kein Volk von selbständiger Kultur, obwohl es sich Länder um Länder unterwarf. „Es ist — so schließt Poulsen — auch heute kein Anlaß, einen lähmenden Einfluß des Friedens zu fürchten oder die Wiederholung „aufstrebender“ Kriege in kurzen Zwischenräumen für nötig zu halten. Oder sollte man etwa denken, daß es eine Gefahr für den skandinavischen Volksgeist bedeutet, daß ein Krieg zwischen den drei Nationen nunmehr fast ebenso unbedenklich ist, wie ein Bürgerkrieg unter den Schweizer Kantonen, die einander während des Mittelalters ständig zur Aber ließen. Wer fragt jetzt danach, ob ein Kanton größer sei als der andere? Und beruht das Glück des einzelnen Schweizlers darauf, ob er einem großen oder einem kleinen Kanton angehört? Erst wenn eine derartige Einsicht sich unter den Kulturvölkern Europas Bahn bricht, erstreckt die Hoffnung einer neuen Pax Romana, die die Welt umspannen kann. Führt der jetzige Krieg dazu, so muß er sicherlich bis zur tödlichen Ermattung aller Parteien durchgekämpft werden. Die Großmächte der Welt unterliegen sich zurzeit einer Pferdebaur, und es wäre ungewöhnlich, diese verfürzt sehen zu wollen, bevor sie sicher und zuverlässig gewirkt hat. Wenn jeder neue Kriegsmoment den Grund zu einem Friedensjahrzehnt legt, dann wird der Weltkrieg nicht unsonst gekämpft worden sein.“

Meister Erwins Traum.

(Zum 600. Todestage Erwins von Steinbach, gest. 17. Januar 1318.)

Die Entstehung der mittelalterlichen Dome und Münster kann sich der Volksglaube nicht anders als durch die Ritwicklung überirdischer Mächte erklären. Beim Bau des Kölner Domes muß der Teufel Handlangerdienste geleistet haben, und der Entwurf zum Straßburger Münster soll dem Erwin von Steinbach von einem Engel im Traume eingegeben worden sein. Voriz von Schwind malte nach dieser Legende „Erwins Traum“: mit geschlossenen Augen durchschwebt der nachmalige Meister als Jüngling an der Hand eines Engels die Spitzbogengänge seines späteren Wunderwerkes. „Der Traum des Araben birgt den Entwurf des reifen Mannes.“ Würde darunter stehen. Daß wiederum der Plan des Künstlers dazu verurteilt war, ein Traum zu bleiben, — ein Schicksal, das in jenen Zeiten, da Jahrhunderte zur Vollendung eines Bauwerkes gehörten, kaum als tragisch empfunden worden sein mag — wird von der Nachwelt immer sámerlich beklagt werden. War doch, als Meister Erwin, noch fast vierzigjähriger Tätigkeit am Münsterbau, am 17. Januar 1318 starb, kaum die Hälfte des glorreichen Werkes vollendet, das er geplant hatte. Und als im Jahre 1439 das Bauwerk, welchem vier Jahrhunderte ihr Gepräge gegeben hatten, fertig war, bot es einen völlig anderen Anblick, als ihn nach dem Entwurf seines größten Baumeisters zugeeicht war. Unterkirche, Chor, Querschiff und Langhaus waren freilich bereits vollendet gewesen, als Bischof Konrad III. von Sigmaringen, der im Jahre 1277 den Grundstein zur Fassade des Münsters legte, zu deren Ausführung, sowie zum Bau der Türme Meister Erwin von Steinbach berief, und dieser sich anschickte, den im streng romanischen Stil begonnenen und im Uebergangsstil fortgeführten Gebäudeteilen mit seiner in reinster Gotik empfundenen Bestausicht den großartigsten Abklus zu geben, den die menschliche Fantasie erfinden kann. Ein aus zierlichstem Rahwerk gefügter feinerer Spitzgiebeler sollte die ganze Fassade bis hinauf zu den untersten Turmgiebeln überspinnen und dazwischen vielleicht in Siedeln auslaufen. Zwei Türme sollten das Mittelport mit dem herrlichen Rosenfenster flankieren; der über diesem gelegene Mittelraum, den eine spätere Zeit in unbedenklicher Evidenzlosigkeit ausgefüllt hat, sollte frei bleiben, um so die gigantische Wirkung der Türme zu erhöhen. Aber nur bis zur Höhe von etwa 30 Metern folgte diesem Entwurf der wirkliche Bau. Nach Erwin von Steinbachs Tode wurde er zunächst von seinem Sohne

und wahrscheinlich unter Benutzung seiner Zeichnungen weitergeführt. Dann kamen fremde Meister an die Reihe, die mit den alten Entwürfen nicht anzufangen wußten, im 15. Jahrhundert legte der Ulmer Ulrich von Ensingen es durch, daß man sich auf den Ausbau des einen Turmes beschränkte und vollendete dessen schlanken Schiedbau mit den 4 Schaudenarmen bis auf den Helm, den endlich Johann Pöhl aus Köln aus 52 Treppentürmen aufbaute.

In diesem Turme, einem der höchsten in ganz Europa, suchte der junge Goethe sich von seiner Neigung zum Schwindel zu befreien. In dem sogenannten Hals unmittelbar unter dem Knopf sah er oft eine Viertelstunde lang und betrat dann die kaum eine Quadratelle messende Plattform, um die herrliche Aussicht zu genießen und „in leisen Schnungen dem Genius des großen Werkmeisters“ zu lauschen.

Mit welcher Jubrust sich Goethe in das Werk Meister Erwins vertiefte, ist bekannt. In der Abhandlung „Von deutscher Baukunst“ gab er seiner Auffassung, daß man die Bauweise des Münsters nicht für ausländisch, sondern für vaterländisch zu halten habe, mit seltsamem Pathos, und seiner Begeisterung für den edlen Meister mit jugendlicher Ueberkühnlichkeit Ausdruck. Beiden Empfindungen ist Goethe treu geblieben, und auch seine Vorliebe für das Straßburger Münster hat im Alter nicht nachgelassen.

Im vorigen Jahrhundert hatte es eine Zeitlang den Anschein, als verflüchtete sich die Gestalt Erwins von Steinbach ins Sagenhafte, als sei sein Wirken am Straßburger Münster selbst nur ein Traum des Volksglaubens, dem die Kunstgeschichtsforscher die Glaubwürdigkeit aberkennen müßten. Die neuere Auffassung jedoch hegt keinen Zweifel mehr an der Zuverlässigkeit jener freilich nicht mehr vorhandenen Inschrift, die noch im 17. Jahrhundert bezugte, daß Meister Erwin im Jahre des Herrn 1277 am Tage des heiligen Urban den glorreichen Bau der Münstersassade begonnen hatte.

Ein moderner Totentanz.

Trotz aller Kriegsnöte hat die Stadt König sberg den schon lange gehegten Plan eines Gemeindefriedhofs während der letzten Jahre in großzügiger Weise verwirklicht. Den Mittelpunkt der Anlage bildet die von dem Königsberger Maler Otto Ewel ausgeführte Friedhofskapelle, deren monumentale Fresken eine Art modernen Totentanzes darstellen. Die leitende Idee der acht, über zweieinhalb Meter hohen Figurenbilder ist die von dem Tode geprinigte, gehegte und wieder erlöste Menschheit. In praktisch elfenbeinernem Ton leuchten die meist nackten Gestalten aus blauem Grunde von der Kuppel der achtseitigen Halle herab. Unter ihnen sieht man den Tod in allen seinen Tätigkeiten. Hier reißt er eine niedergefunkenen Frau mit sich, an die sich unschuldige Kindeslammen, dort hält er entsetzten Männern und Frauen das abgelauene Stundenglas vor, hier schneidet er wieder die Lebenden auseinander, dort führt er, eine goldgelbene Fahne vorantragend, die jungen Krieger in die Schlacht. Nicht immer ist sein Anblick lächelnd. Einmal hat er sich mit Krone und Hermelinmantel verkleidet, um ohnungsvolle, autwiltige Kinder zu entführen, und ein andermal erscheint er den Mühseligen und Beladenen als Helfer und Freund.

Notizen.

— Ein Wassermaun-Abend im „Deutschen Künstlertheater“ zeigte den Darsteller in den Einaktern im Facettenlange virtuosen Bielefeldigkeit. In Schützlers „Gefährten“, der mit allen Illusionen einer Ehe anfrumenden, resignierten Rückbau, war er der moderne, vom Leben und der Steppis zersehnte Mann und in Hartlebens immer noch bezauberndem Antipathistischer „Die siltliche Forderung“ — der ganz auf sächsischen Provinztypus abgestimmte Spießer aus Rudolstadt, der so hurtig sich vom Moralhüter zum allesversiehenden und mitmachenden Lebemann entwickelt. Auf den Spuren Hoopscher Fein- und Kleinmalerei wandelte er in der ältlichen Partie Piquet. Sein vom Abelsdübel geschwelter Ehepartner war ein Meisterstückchen karrierender Porträtkunst.

— In der Volkshöhle wird infolge einer Erkrankung Pallenbergs Sonnabend „Ein Sommernachtstraum“ und Sonntag „Was ihr wollt“ gespielt.

— Vorlesung. Auf Veranlassung der Deutschen Gesellschaft für siltische Kultur liest Friedrich Noost am Sonnabend, abends 7½ Uhr, im Bürgeraal des Berliner Rathauses die „Antigone“ von Walter Hasenclever vor.

— Der Verein „Arbeiter-Hochschule“ veranstaltet am Sonnabend, 8 Uhr, in der Niederwallstr. 12, einen Einzelvortrag Dr. Rohrbergs über „die dänische Volkshochschule“.

Töchter der Hetuba.

14) Ein Roman aus unserer Zeit von Clara Siebig.

Die Generalin von Voigt war durchaus nicht sentimental, ihr Mann hatte sie dazu erzogen, jede Sache so gelassen wie möglich zu nehmen. „Das Leben ist wie der Feind,“ hatte er ihr oft gefagt, als sie noch jünger und leicht aus der Fassung zu bringen war, „man macht sich die Stellung klar, nimmt ihn scharf aufs Korn, rückt dann Schritt für Schritt — immer kalt Blut — immer weiter vor, ruhig vor — aber dann: zugepackt.“ Sie hatte es lernen müssen, an sich zu halten. Aber jetzt ging das Gefühl doch mit ihr durch — diese Frau, diese arme, einsam Gewordene! Ihre aufrechte Gestalt ein wenig niederbeugend zu der kümmerlich-Kleinen, sagte sie mit der inneren Ueberzeugung, die auch andere überzeugt: „Sie sind nicht verlassen, liebe Frau. Sie haben noch eine Mutter — unsere deutsche Heimat. Der hat Ihr Mann Sie als Vermächtnis hinterlassen. Er hat Ihnen ein Anrecht erworben. Und unsere deutsche Heimat ist eine gute Mutter, die sich ihrer Kinder annimmt!“

„Rebensarten! Das können die Vornehmen und Reichen leicht sagen,“ kam es jetzt höhnlisch von irgendwo her.

„Wer sagte das?“ Die Generalin drehte suchend den Kopf, ihre statliche Gestalt rechte sich noch stattdlicher. „Es ist traurig,“ sagte sie sehr laut, „daß es immer noch Leute gibt, Deutsche gibt, die ein Vergnügen daran finden, zu mäkeln und zu hepen. Was heißt jetzt „vornehm und reich“? Wenn einer im Schupengraben liegt und ist ein Prinz, liegt er ebenso im Dreck wie der einfachste Handlanger, und der eine Million hat, ebenso wie der, der keinen Pfennig besitzt!“

Na, die war aber nicht auf den Mund gefallen! Und „Dred“ hatte sie gesagt — „Dred!“ Einige amüsierten sich darüber. Sie lachten. Und das steckte an. Ein ganzer Anäuel von Weibern drängte sich um Frau von Voigt. Diese mußte nicht recht, war das nun ein höhnlisches Lachen oder erzkreute Zustimmung? Eine plöbliche Jaghaftigkeit überkam sie. Es tat ihr leid, daß sie sich hatte so hinreihen lassen. Sie drängte sich durch und ging davon mit raschen Schritten, im Innersten verstimmt. Nun war ihr die ganze Freude an Nowoorgiewsk verdorben. War das

wohl die rechte Art, den Sieg aufzunehmen? Man erwartete ja kein lautes Frohlocken von den Leuten mehr, aber konnten sie es nicht hinnehmen stillfreudig bewegten Gemütes? Ihr Mann hatte doch recht: man durfte an diese Leute nicht den Maßstab legen wie an sich selbst. Sie waren in Freud und Leid doch eben anders, wie man selber war.

Sie sah plöblich eine große Klust — wer würde die überbrücken?! Der Krieg, zu dem doch alle auszogen, alle, vornehm und gering, arm und reich? Er hatte es bis jetzt nicht gekonnt. Würde es der Friede können —?

Die Straße, die sie zu gehen hatte, lag dunkel. Droben kein Stern. Der Wind, der den ganzen Tag getweht, hatte Wolken heraufgetrieben, nun flogen sie, seltsam geballt und zerrissen, wie fragenhafte schwarze Ungeheuer über das matte Grau des Nachthimmels. Sie mußte an den Mobilmachungsabend denken. Da war sie am Arm ihres Mannes in Berlin die Linden hinuntergegangen, die dicke Masse der Menschen hatte sie mit fortgetragen, sie waren im langsam flutenden Strom vors Schloß gelangt. Wo die Leute die Offiziersuniform erkannten, machten sie Platz. Das Schloß lag dunkel und schweigend. Der Kaiser hatte zum Volk gesprochen gehabt, sie waren zu spät gekommen, aber überall hörten sie noch davon reden.

„Ja, kenne keine Parteien mehr — ja, so hat er gefagt.“ hörte sie einen Mann dicht hinter sich laut erzählen. Ein anderer erläuterte das noch näher: „An jst es nämlich ja keine Unterschiede nich mehr. Ob de Feld hast oder keens, ob de Traf bist oder nur Frihe, der Klamottenbräfer, ob de uf de hohe Schule Latein lernst hast oder ob de nich lesen un schreiben kannst, allens eene Wichse. Allens nur Deutsche!“

Ein wehmütiges Lächeln kam der jetzt eiltiger Schreitenden. Ein Regen fing an zu tröpfeln, der Himmel weinte. Sie lief in tiefen Gedanken: ach ja, so leicht war es nicht, verstanden zu werden! Während war aber der Droschkentreiber gewesen, mit dem sie dann vom Schloßplatz zurückgefahren waren, rührend und komisch zugleich. Er hatte, mit der Peitsche zurückdeutend nach dem dunkelragenden Bau, in dem Deutschlands Kaiser jetzt wohl die Geschichte Europas in seinem Herzen bewegte, und sich, halb auf seinem Bod zu ihnen herumwendend, heifällig nickend gesagt: „Wir haben Wilhelm doch unterschätzt!“ Der alte bide Rutscher und sein humpeliger Gau waren ihr unberg-

lich geblieben. Und unvergeßlich auch der Anblick, der sich ihnen bot, als auch sie sich umwandten.

Langsam war da vom Wasser her ein mächtiger Vogel über Lustgarten und Schloß, über Dom und Zeughaus gesegelt. Mit weitgebreiteten Schwingen stand er jetzt still. Nur ein Volkengeblöde war es, gewitterschwanger am Sommerabend. Aber sich unter ihm rötend, schien der Himmel zu glühen vom Flammenwiderschein. Aufgeregt von den Ereignissen dieses Tages hatte sie nach ihres Mannes Arm gegriffen: „Da — da — siehst du ihn auch?“ Ein schwebender Adler war es mit gespreizten Flügeln. Es hätte sie wie ein Schreden durchzuckt: war das nicht der russische Adler?

Es war der preußische Adler gewesen — Gott sei gedankt!

Die Generalin war jetzt am Krügerschen Haus angelangt; sie wollte noch die Tochter besuchen. Und wieder stieg eine Vertwunderung in ihr auf, daß sich Vili gerade diese Wohnung ausgesucht hatte. Die war so bescheiden: kein Parkett, niedrige Zimmer, kein elektrisches Licht. Uebem Türcingang schwellte eine kleine Petroleumfunzel.

Als Frau von Voigt die unverschlossene Tür aufklnkte und in den engen Flur trat, fiel ein Lichtschein aus dem Zimmer zu ebener Erde. Die Stubentür stand offen. Drinnen sah die Krüger am Tisch und schien beim trüben Schein einer Lampe in einem Buch zu lesen. Sie war so vertieft, daß sie von der an ihrer Tür Vorübereschreitenden nichts bemerkte.

Frau von Voigt stieg zu ihrer Tochter hinauf. Vili öffnete ihr selber die Glastür, die die Wohnung abschloß. Das Mädchen war zum Bahnhof gelaufen, als das Läuten anfang. „Ja, brauche sie ja auch nicht,“ sagte die junge Frau gleichgültig. In ihrem weißen schleppenden Schlafrod mit dem weißleuchtenden Gesicht sah sie aus wie ein Geist.

Die Mutter blühte sie voller Reforgnis an. „Nowo-georgiewsk, Vili,“ sagte sie stark. „Nowoorgiewsk, das ist ein großer Sieg, ein wichtiger Fortschritt.“ Es war ihr, als müsse sie die bleiche Frau da vor sich aufrütteln. Sie legte beide Hände auf die Schultern der Tochter und schüttelte sie leicht. „Wie wird sich der Vater freuen! Er wird jetzt noch in Warschau sein. Ich bin sehr gespannt auf seinen Brief. Freu du dich auch, Vili, nun wird der Krieg bald zu Ende sein!“

(Fortf. folgt.)

Deutscher Metallarbeiter-Verband. Verwaltungsstelle Berlin. Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Seifler 221/17

Karl Kaufke. Einwohnende Straße 55 am 13. Januar gestorben ist. Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 17. d. Mts., nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Friedhofs Kirchhof Nordend, aus statt.

Hermann Knecht. Falter Straße 63/64 am 12. Januar gestorben ist. Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 17. d. Mts., nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Gammelsin-Kirchhofs in Reinick, Hermannstraße, aus statt.

Deutscher Bauarbeiter-Verband. Zweigverein Berlin. Bezirk Reinick. Am 6. Januar starb durch Herzunterbruch unser Mitglied, der Hilfsarbeiter Julius Woll.

Spezial-Arzt Dr. med. Haschke, Friedrichstr. 90. Behandl. von Syphilis, Gonorrhoe, Frauenleiden, Herpes, Gonorrhoe, Gicht, Gichtknoten, Gichtgelenke, Gichtschmerzen, Gichtanfälle, Gichtknoten, Gichtgelenke, Gichtschmerzen, Gichtanfälle.

Verkäufe. Pelzwaren. Wollen Sie Pelzwaren noch billig kaufen, wählen Sie in den Häuten Bogar kaufen. Kater-Wilhelm-Straße 16, beim Alexanderplatz.

Verkäufe. Pelzwaren. Wollen Sie Pelzwaren noch billig kaufen, wählen Sie in den Häuten Bogar kaufen. Kater-Wilhelm-Straße 16, beim Alexanderplatz.

Verkäufe. Pelzwaren. Wollen Sie Pelzwaren noch billig kaufen, wählen Sie in den Häuten Bogar kaufen. Kater-Wilhelm-Straße 16, beim Alexanderplatz.

Verkäufe. Pelzwaren. Wollen Sie Pelzwaren noch billig kaufen, wählen Sie in den Häuten Bogar kaufen. Kater-Wilhelm-Straße 16, beim Alexanderplatz.

Beerdigungsverein der Zimmerleute Groß-Berlins. Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kamerad Eduard Maage

Verband der Brauerei- und Mälzereiarbeiter und verw. Berufsgenossen. Zahlstelle Berlin. Nachruf. Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Hilfsarbeiter Gustav Steffin

Allen Freunden und Bekannten die traurige Mitteilung, daß mein lieber Mann, unser guter Vater, Bruder und Schwager, der Metallarbeiter

August Seepold. Am 14. Januar nach längerem Leiden im 58. Lebensjahre verstorben ist.

Spezial-Arzt Dr. med. Haschke, Friedrichstr. 90. Behandl. von Syphilis, Gonorrhoe, Herpes, Gonorrhoe, Gicht, Gichtknoten, Gichtgelenke, Gichtschmerzen, Gichtanfälle.

Verkäufe. Pelzwaren. Wollen Sie Pelzwaren noch billig kaufen, wählen Sie in den Häuten Bogar kaufen. Kater-Wilhelm-Straße 16, beim Alexanderplatz.

Verkäufe. Pelzwaren. Wollen Sie Pelzwaren noch billig kaufen, wählen Sie in den Häuten Bogar kaufen. Kater-Wilhelm-Straße 16, beim Alexanderplatz.

Verkäufe. Pelzwaren. Wollen Sie Pelzwaren noch billig kaufen, wählen Sie in den Häuten Bogar kaufen. Kater-Wilhelm-Straße 16, beim Alexanderplatz.

Verkäufe. Pelzwaren. Wollen Sie Pelzwaren noch billig kaufen, wählen Sie in den Häuten Bogar kaufen. Kater-Wilhelm-Straße 16, beim Alexanderplatz.

Am 14. Januar verstarb nach kurzem, schwerem Krankenlager unser lieber Kollege, der Monteur Wilhelm Herfert

Spezialarzt Dr. med. Laabs. beh. schnell, gründl., mögl. schmerzlos u. ohne Bewußtsein. Geschlechtskrankheit, geheime Haut-, Harn-, Frauenleiden, Schwäche, Erprobte Methoden Ehrlich-Hata-Kuren, Harn- u. Blutuntersuchung.

Punsch-Extrakt. 1 Teil mit 2 Teilen siedendem Wasser ergeben einen alkoholfreien Punsch.

Spezialarzt Dr. med. Weckauf, Friedrichstr. 125 (Oranienb. T.). für Syphilis, Harn- u. Frauenleiden Ehrlich-Hata-Kur (Dauer 10 T.), Blutuntersuchung, schnelle, sichere Heilung ohne Berufsunterbrechung.

Verkäufe. Pelzwaren. Wollen Sie Pelzwaren noch billig kaufen, wählen Sie in den Häuten Bogar kaufen. Kater-Wilhelm-Straße 16, beim Alexanderplatz.

Verkäufe. Pelzwaren. Wollen Sie Pelzwaren noch billig kaufen, wählen Sie in den Häuten Bogar kaufen. Kater-Wilhelm-Straße 16, beim Alexanderplatz.

Verkäufe. Pelzwaren. Wollen Sie Pelzwaren noch billig kaufen, wählen Sie in den Häuten Bogar kaufen. Kater-Wilhelm-Straße 16, beim Alexanderplatz.

Verkäufe. Pelzwaren. Wollen Sie Pelzwaren noch billig kaufen, wählen Sie in den Häuten Bogar kaufen. Kater-Wilhelm-Straße 16, beim Alexanderplatz.

Verkäufe. Pelzwaren. Wollen Sie Pelzwaren noch billig kaufen, wählen Sie in den Häuten Bogar kaufen. Kater-Wilhelm-Straße 16, beim Alexanderplatz.

Sozialdemokratischer Verein für Berlin 4 (Sozialdemokratische Partei Deutschlands). Dienstag, den 22. Januar 1918, abends 8 1/2 Uhr, in den Andreas-Festsaal, Andreasstr. 21: General-Versammlung.

Tagesordnung: 1. Beschlußfassung über die beantragte Beitragserhöhung. 2. Der Kampf der Junker gegen die Demokratisierung Preußens. Referent: Landtagsabgeordneter Paul Girsch. 3. Parteiangelegenheiten.

Dauerwäsche! Mit DUALIN, Dauerwäsche-Präparat, D. R. Pat., ges. gesch., macht jeder seine Kragen, Stulpen, Oberhemden abwaschbar.

Lungen-Deutsche Papier-Fabrik. Vollwertiger Ersatz für Gummi. Hält allen Witterungs- und Straßenverhältnissen Stand. Bei großen Betrieben bereits eingeführt.

Verkäufe. Pelzwaren. Wollen Sie Pelzwaren noch billig kaufen, wählen Sie in den Häuten Bogar kaufen. Kater-Wilhelm-Straße 16, beim Alexanderplatz.

Verkäufe. Pelzwaren. Wollen Sie Pelzwaren noch billig kaufen, wählen Sie in den Häuten Bogar kaufen. Kater-Wilhelm-Straße 16, beim Alexanderplatz.

Verkäufe. Pelzwaren. Wollen Sie Pelzwaren noch billig kaufen, wählen Sie in den Häuten Bogar kaufen. Kater-Wilhelm-Straße 16, beim Alexanderplatz.

Verkäufe. Pelzwaren. Wollen Sie Pelzwaren noch billig kaufen, wählen Sie in den Häuten Bogar kaufen. Kater-Wilhelm-Straße 16, beim Alexanderplatz.

Verkäufe. Pelzwaren. Wollen Sie Pelzwaren noch billig kaufen, wählen Sie in den Häuten Bogar kaufen. Kater-Wilhelm-Straße 16, beim Alexanderplatz.

Spezialarzt Dr. med. Coleman. Geschlechtskrankh., Haut-, Harn-, Frauenleiden, nervös. Schwäche, Seinkranke. Ehrlich-Hata-Kuren (Dauer 12 Tage). Behandl. schnell, sicher u. schmerzlos ohne Berufsunterbrechung.

J. F. Rauch. Invalidenstr. 164, Friedrichstr. 11. In Jamaika-Rum-Versohn. Fl. 27 la Cognac-Verschnitt. Fl. 27 Feinstor Obstschaumwein.

Jeder sein eigener Schuhmacher! Anfertigung hierzu geg. 70 Pf. Nachh. Bekleid. empf. 45 000 Stück Gönner, Hamburg abgef.

Zwei Stuben und Küche von 25 M. an zu vermieten Lange Straße 78.

Zähne m. echt. Friedenskautschuk 3.50 M. 5 Jahre Garantie. Zahnziehen m. Betäubung, bei Deteilung d. Gebissen gratis.

Verkauf. Pelzwaren. Wollen Sie Pelzwaren noch billig kaufen, wählen Sie in den Häuten Bogar kaufen. Kater-Wilhelm-Straße 16, beim Alexanderplatz.

Verkauf. Pelzwaren. Wollen Sie Pelzwaren noch billig kaufen, wählen Sie in den Häuten Bogar kaufen. Kater-Wilhelm-Straße 16, beim Alexanderplatz.

Verkauf. Pelzwaren. Wollen Sie Pelzwaren noch billig kaufen, wählen Sie in den Häuten Bogar kaufen. Kater-Wilhelm-Straße 16, beim Alexanderplatz.

Verkauf. Pelzwaren. Wollen Sie Pelzwaren noch billig kaufen, wählen Sie in den Häuten Bogar kaufen. Kater-Wilhelm-Straße 16, beim Alexanderplatz.

Tüchtige ältere Leitspindeldreher und Werkzeugschlosser. Auergesellschaft, Mech. Werkstatt. In melden: Einstellungsbureau, Oberbergstraße.

Gesenkenschlosser, Graveure u. Werkzeugmacher sucht Panzer A.-G., Berlin N 20, Badstr. 59. Tüchtiger Schlosser oder Mechaniker zum Anlernen für Zigaretten-Rollen-Maschinen sofort gesucht.

Pianomechaniken, Nußeinsatzer, Fertigmachen suchen Schütze & Freund G. m. b. H., Berlin-Lichtenberg, Friedrichstr. 28. Arbeitsburden Hermann & Co., Bergmannstraße 102.

Rollkutter mit guten Zeugnissen für dauernd gesucht. Spediteur Koch, Köpenicker Straße 84. 24stündige Bleilöter für sofort gesucht. J. L. Carl Eckert, Berlin NW, Mittelstr. 2-4. Kartongagen-Heimarbeiterinnen auf Zigarettenrollen, verfertigt, verlangt Zigarettenfabrik Karmitz, Doppstr. 10. Junge Mädchen für ein Haus, Alexanderstr. 44.